



# ZeitenWENDE

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten



Mensch

Umwelt

Tierschutz

## Europawahl: Uns wählen!

Damit Tier- und Umweltschutz  
auf der Agenda stehen...

**Interne Hinweise, Veranstaltungstermine .....3**

**Tierrechte und Tierschutz**  
 Tierversuche – das schwärzeste  
 Verbrechen der Menschheit .....4  
 Ferkel-Kastration ohne Betäubung .....5  
 Stierkampf - Schande für Europa .....7

**Politik**  
 Weltwirtschaftskrise ..... 8  
 Demokratieverlust durch EU-Diktat ..... 10  
 Subventionsdschungel EU-Agrarpolitik . 11

**Umweltschutz**  
 Risikofaktor: „Grüne Gentechnik“ ..... 12  
 Nie wieder Tschernobyl... ..... 13  
 Abwrackprämie: Nachhaltig gegen die Wand ..... 14

**Essays, Ethik und Vorträge**  
 Mut zu Neuem ..... 15

**Vorstand-/Basis-Aktivitäten**  
 Funktionsträger, Kontakt-Adressen, Info-Material ..... 16  
 Landesverbände in Aktion ..... 18  
 KandidatInnen für die Europawahl ..... 20  
 Vorstandsarbeit ..... 21  
 Kampagne „Robben-Massaker“ ..... 23

**Verschiedenes**  
 Literaturempfehlungen ..... 24  
 Restaurantempfehlung, Veganes Rezept, Impressum ..... 25  
 Verschiedenes/LeserInnenbriefe ..... 26

**Aktuelles in letzter Sekunde**  
 Fackeldemonstration gegen feigen Hundemord in Wiehl ..... 27  
 Positiv-Nachrichten ..... 28



Ferkel-Kastration ohne Betäubung **5**



Nie wieder Tschernobyl... **13**



Fackeldemonstration gegen feigen Hundemord in Wiehl! **27**



*Liebe Mitglieder und Interessenten,*

ich beginne mit einer frohen Botschaft: Wir haben die erste Wahl-Hürde genommen! Mit über 5000 Unterschriften ist unser Soll von bundesweit 4000 Unterstützungsunterschriften für die EU-Wahl mehr als erfüllt! Nun sind diese 25 Kilo Formblätter im DIN-A-4-Format ja nicht auf einmal vom Himmel gefallen; wer beim Sammeln geholfen hat - und ich möchte allen an dieser Stelle herzlich dafür danken! - weiß, dass mehr und mehr darum gerungen werden muss, uns wohlgesinnte Zeitgenossen zu finden, die noch nicht der Datenschutz-Hysterie oder allgemeiner Politik-Verdrossenheit verfallen sind. Aber was auch immer kommt: Wer, wenn nicht wir, ist bereit durchzuhalten!

Augenblicklich konzentrieren wir uns natürlich voll und ganz auf den vor uns liegenden Wahlkampf für die EU-Wahl am 07. Juni. Es müssen noch Faltblätter zu den EU-relevanten Themen erstellt und analog auch Plakate entworfen werden. Dies sind sehr arbeitsintensive Aufgaben, die viel Kreativität voraussetzen und bewältigt werden müssen. In der heißen Phase des Wahlkampfes ab Anfang Mai sind die Vorsitzenden der Landesverbände für jede Hilfe bei der Verteilung der Faltblätter und beim Plakatieren dankbar. Wenn Sie Zeit und Lust haben zu helfen, setzen Sie sich bitte frühzeitig mit der Geschäftsstelle Ihres Landesverbandes in Verbindung. Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen im Voraus!

Für die Bundestagswahl am 27. September steht uns das gleiche Procedere bevor. Die Themen-Schwerpunkte sind naturgemäß zum Teil andere; an dem entsprechenden „Material“ wird ebenfalls bereits gearbeitet. Die an der Wahl teilnehmenden Landesverbände werden wegen der noch fehlenden Unterstützungsunterschriften in den kommenden Wochen und Monaten noch alle Hände voll zu tun haben: Ein Ende der „Vollzeit-Arbeit“ ist also derzeit nicht abzusehen!

Ich hoffe, Sie verzeihen uns angesichts des zu erledigenden Arbeitspensums, dass wir - erstmalig - einen vorgesehenen Bundesparteitag (14. 03.) ausgesetzt haben. Ein weiterer Grund dafür war die Tatsache, dass im Vorfeld noch Gesprächsbedarf hinsichtlich kontrovers diskutierter Themen und zweier Anträge der Landesverbände Berlin und Hessen bestand. Bei der kommenden Bundesvorstandssitzung Mitte März wird - so hoffen wir - ein tragfähiger Konsens gefunden.

Bleibt mir nur noch, Ihnen die Lektüre unserer Artikel ans Herz zu legen! Wir haben uns bemüht, die Bandbreite dessen abzudecken, was insbesondere für die EU-Wahl relevant ist. Da wir uns mitten in einer Weltwirtschaftskrise befinden, wurde dieses Thema etwas umfangreicher bearbeitet. Und das Thema Atomkraft wird wieder vermehrt diskutiert; daher berichten wir in zwei Beiträgen davon, wie wir dazu stehen und uns in der Anti-Atomkraft-Bewegung engagieren.

An alle Partei-Mitglieder mit einer eigenen E-Mail-Adresse die Bitte, diese der Bundesgeschäftsstelle möglichst umgehend mitzuteilen, unter anderem für den Empfang unserer Newsletter und News-Mails, sofern Sie diese abonnieren wollen.

Mit guten Wünschen für die bevorstehende Frühlingszeit

*Ihre Margret Giese*  
 Redaktion ZEITENWENDE

### LV Baden-Württemberg

Monatlicher offener Gesprächs- und Aktionskreis: Von 18:30 bis 21:00 Uhr im Forum 3 - Café (Bücherstüble), Stuttgart-Mitte, Gymnasiumstr. 19 - 21. Wegen wechselnder Termine bitte bei der Landesgeschäftsstelle informieren (Tel. 07166-14 80).

### LV Bayern

Informationen für Mitglieder und Interessierte zur politischen Arbeit des Landesverbandes Bayern: werktags von 10:00 bis 18:00 Uhr, Tel. 089-255 488 01, E-Mail: christine-engelschall@tierschutzpartei.de.

### LV Berlin

Offenes Info- und Aktiventreffen jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr. Den Ort des Treffens bitte bei der Geschäftsstelle erfragen. Tel. 030-44 65 03 24 oder per E-Mail: artur-kalka@tierschutzpartei.de oder artur.kalka@gmx.net.

### LV Hessen

Kontaktmöglichkeit für Mitglieder und Interessierte: Christa Rust, Tel. 069-5 60 21 63 oder E-Mail: christa.rust@t-online.de.

### LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331 - 90 45 25, Fax 05331-9 49 50 95 oder E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de.

### LV Nordrhein-Westfalen

Termine und Infos für Arbeitstreffen bez. Wahlkampf sind über Monika Thau zu erfahren. (Aktivisten sind sehr erwünscht!) Kontaktmöglichkeit: Tel. 0211-9 02 33 75 oder E-Mail: monika-thau@tierschutzpartei.de.

### LV Saarland

Kontaktmöglichkeit per E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de. Werktags telefonisch erreichbar von 14:00 bis 16:30 Uhr (0681-940 32 07).

### LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit für Mitglieder und Interessierte über die Geschäftsstelle: Telefon 0391-56 39 08 46, Telefax 0391- 60 77 283 oder E-Mail: bettinafassl@aol.com.

### LV Sachsen

Infos über die Geschäftsstelle unter der Telefon-Nummer: 034346-61475.

### LV Thüringen

Kontaktmöglichkeit: Harald von Fehr, Telefon 03621-40 07 66, Fax 03621-50 66 11 oder E-Mail: tsp-lv.thueringen@tierschutzunion.de.

### Veranstaltungstermine

#### Stoppt Affenqual in Tübingen!

Zum „Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche“ am 18. April 2009 veranstalten die „Ärzte gegen Tierversuche“ in Zusammenarbeit mit „AntiSpe Tübingen“ und „Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg“ eine Demonstration mit Kundgebung und Infoständen auf dem Marktplatz in Tübingen. Nähere Informationen: „Ärzte gegen Tierversuche“, Tel. 089-359 93 49, E-Mail: office@aerzte-gegen-tierversuche.de.

#### Alles „Rund um den Igel“

Der Verein „Pro Igel“ veranstaltet am 16. und 17. Mai 2009 zum dritten Mal eine Fachtagung zum Thema „Rund um den Igel“. Dazu werden IgelFreunde und Igelpfleger, Vertreter von Tier-, Natur- und Umweltschutzverbänden sowie alle weiteren Interessierten in das Kongresshotel „Stadthotel Münster“ eingeladen. Geplant sind Vorträge von Wissenschaftlern, Tierärzten und Igelfachleuten aus dem In- und Ausland sowie einige Präsentationen beispielhafter Einrichtungen in Deutschland. Schriftliche Anfragen zur Anmeldung richten Sie an: info@pro-igel.de. Telefonisch erreichbar ist der Verein tagsüber zwischen 10.00 und 19.00 Uhr unter Tel. 01805-555-9555.



#### Großdemonstration gegen Covance

Der voraussichtliche Termin für die jährliche Großdemonstration gegen das Tierversuchslabor Covance in Münster ist der 13. Juni 2009. Im Rahmen dieser Demonstration soll gleichzeitig der Pelzhandel der Firma Escada AG angeprangert werden, die eine Filiale in Münster betreibt. Nähere Infos: Münsteraner Initiative für Tierrechte e.V., Postfach 5543, 48030 Münster, Kontakt: info@tierrechte-muenster.de.



#### Europawahl 2009

Am 7. Juni 2009 findet in der BRD die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Zum ersten Mal nehmen 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedstaaten an der EU-Wahl teil. Auch wir werden dabei sein und hoffen, dass wir ein ähnlich gutes Wahlergebnis wie 2004 erreichen, als wir den siebenten Platz von 23 in Deutschland angetreten Parteien belegten. Wir bitten alle Parteimitglieder und alle Leser/innen der ZeitenWENDE, am 7. Juni zur Wahl zu gehen und uns ihre Stimme zu geben!

**Die Verantwortlichen bei der nächsten Wahl abstrafen!**

# Tierversuche

## - das schwärzeste Verbrechen der Menschheit

Für alles, was in irgendeiner Form mit dem Menschen in Berührung kommt, müssen Tiere in Versuchen ihr Leben lassen. Aufgrund der mangelnden Übertragbarkeit der Ergebnisse von Tierversuchen auf den Menschen sollten jedoch ausschließlich tierversuchsfreie Methoden - In-vitro-Forschung, Computersimulation, Verwendung von Zellkulturen etc.- zum Einsatz kommen, denn sie sind geeignet, relevante Resultate für den Menschen zu liefern.



Die veraltete Methode Tierversuch hält sich dennoch mit unglaublicher Zähigkeit, so z. B. an den meisten Hochschulen in den Studiengängen Biologie, Human- und Tiermedizin. In erschreckender Weise nehmen Tierversuche seit einigen Jahren wieder zu, vor allem auf dem Gebiet der Gentechnik. Selbst für die Entwicklung neuer Waffensysteme und sonstiger Mordinstrumente werden wehrlose Tiere missbraucht. Und dies, obwohl der Tierschutz seit 2002 im deutschen Grundgesetz als Staatszielbestimmung verankert ist.

Laut Verbraucherschutzministerium wurden 2007 insgesamt 2.609 483 Wirbeltiere zu Versuchen herangezogen - rund 100.000 mehr als im Vorjahr. Laut Statistik aus dem Jahr 2006 wurden 34 Prozent

**Rund  
100.000 Tiere  
mehr als im  
Vorjahr.**

der Tiere in der Grundlagenforschung und rund 19 Prozent bei der Entwicklung von Arzneimitteln „verbraucht“. Bei Toxizitätstests, die äußerst grausam sind, mussten 16.000 Tiere (rund 6 Prozent) ihr Leben lassen. Die bevorzugten Versuchstiere sind Ratten und Mäuse, da sie leicht zu vermehren sind, was u. a. Kosten spart. Im Jahr 2006 waren sie zu 81 Prozent an

den insgesamt 2,5 Millionen Versuchstieren beteiligt. Auch Kaninchen, Meerschweinchen, Hunde, Katzen, Fische, Hühner, Schweine, Schafe, Affen und viele andere Tierarten wurden für Versuche herangezogen. Die Zahl der Tierversuche wäre zweifellos noch viel höher, wenn sämtliche Tests im Bereich der Gentechnik mitgezählt würden!

Es ist ein Skandal, dass in der BRD immer wieder riesige Summen an Steuergeldern in die Tierversuchs-Industrie gepumpt werden - allein der Bau neuer Versuchslabore innerhalb der letzten Jahre kostete über 130 Millionen Euro. Unglaublich, dass man dagegen der tierversuchsfreien Forschung jährlich gerade einmal 4 Millionen Euro zubilligt! Es ist ein Skandal, dass die politische Verantwortlichen den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die Tierversuche ablehnen, schlicht ignorieren. Es ist ein Skandal, für nutzlose Tierversuche viele Millionen Euro auszugeben in einem Land, in dem Kinder- und Altersarmut stetig zunimmt.

Mit beispielloser Kaltblütigkeit sehen die deutschen Politiker über das unermess-

**130 Millionen  
Euro kostete  
der Bau neuer  
Versuchslabore.**

liche Leiden der Versuchstiere hinweg. Aber nicht nur sie, auch ihre Kolleg/innen in Brüssel, denn bald soll - trotz massiver Proteste Zigtausender EU-Bürger - die millionenfache

Vergiftung von leidendfähigen Tieren im Rahmen der REACH-Verordnung anlaufen. Wenn die

Planungen der EU-Chemikalienpolitik umgesetzt werden, bedeutet dies - da wegen Unterfinanzierung noch nicht genügend tierfreie Tests zur Verfügung stehen - den grausamen Tod von Millionen Versuchstieren in den kommenden 15 Jahren.

Laut der EU-Verordnung sollen rund 30.000 Altstoffe, die bereits vor 1981 auf dem Markt waren, auf Risiken für Mensch und Umwelt untersucht werden. Dabei geht es um Produkte wie Pestizide, Schädlingsbekämpfungsmittel, Farb- und Konservierungsmittel, Schmierstoffe und dergleichen mehr. Da es sich um extrem grausame Gift-Tests handelt und darüber hinaus nicht einmal die Voraussetzung für

**Millionenfache Vergiftung im Rahmen der REACH-Verordnung.**

die Effizienz der Versuche für den Menschen gegeben ist, kann man diesen Massenmord an Tieren nur als schändlich und im höchsten Maße unverantwortlich bezeichnen.

Das REACH-Programm wurde zwar nachgebessert, aber die Befürchtung bleibt, dass eine Unzahl von Tieren Opfer dieses irrsinnigen Vorhabens werden. Die Gesamtaufwendungen für Tests, Analysen, Registrierung und Gebühren werden für die kommenden 11 Jahre auf 2,3 Milliarden Euro geschätzt. Das sind pro Jahr 209 Millionen Euro.

Was wird durch „REACH“ erreicht? Nichts außer einer Scheinlösung, welche

**Eine moralische Bankrotterklärung!**

der EU-Bevölkerung vorgaukelt, der Tod der Stellvertreter-Tiere sei zu ihrem Besten und unvermeidlich. Dies ist nichts weniger als eine moralische Bankrotterklärung!

Was immer bei den Tierversuchen herauskommt: Man wird behaupten, denn Milliardenprofite sind im Spiel, die Men-

schen könnten sich zukünftig auf die Unschädlichkeit der Produkte verlassen! Dazu muss man wissen: Wann immer es um Tierversuche geht, wird getäuscht und gelogen. Der bekannte irische Schriftsteller George Bernard Shaw hat diese Erkenntnis auf den

**Es wird getäuscht und gelogen.**

Punkt gebracht: „Wer nicht davor zurückschreckt, Tierversuche zu machen, der wird auch nicht zögern, Lügen darüber zu verbreiten.“

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Berlin und in Brüssel auf, den geplanten Massenmord an Tieren zu stoppen!

Am 24. April, dem „Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche“ wird EU-weit Gelegenheit sein, das „schwärzeste Verbrechen der Menschheit“ anzuprangern. Und am 7. Juni, bei der Europawahl, hat der Wähler die Möglichkeit, denjenigen Politikern die „Rote Karte“ zu zeigen, welche dieses Verbrechen zu verantworten haben.“

*Margret Giese*

Redaktion ZEITENWENDE

## Ferkelkastration ohne Betäubung!

# Tierquälerei gemäß dem deutschen Gesetz

Tierschutzgesetze sind überall auf der Welt nicht das, was sie zu sein vorgeben; sie sind vielmehr „Tiernutzgesetze“, die der Agrarindustrie, der Forschung und einigen anderen Tiernutzern in die Hände spielen. Sie sind ein Beleg für eine unvorstellbare Grausamkeit, die durch „Juristenkauderwelsch“ beschönigt und verborgen wird.

Auch das deutsche Tierschutzrecht ist eine peinliche Farce, denkt man nur an die betäubungslose Kastration von 22 Millionen männlicher Ferkel pro Jahr. Die Entfernung der Hoden bei den Ferkeln wird damit begründet, dass diese sonst in ihrer Pubertät das Hormon Androstenon produzieren, welches zum so genannten „Ebergeruch“ ihres Fleisches führt, ein Ge-



ruch, der an Urin erinnert und dem Fleisch-Konsumenten den Appetit verderben könnte.

Es ist verständlich, dass in einer Fleischesser-Gesellschaft auf die Kastration der Ferkel nicht verzichtet wird; absolut unverständlich ist jedoch, dass die verantwortlichen Politiker/innen den Tieren keine Betäubung - per Gesetz - zubilligen. >



Nach dem deutschen Tierschutzgesetz (§ 5 Abs. 3 Nr. 1 und 1a) ist es erlaubt, männlichen Ferkeln bis 8 Tage, und männlichen Rindern, Schafen und Ziegen sogar bis zu einem Monat nach ihrer Geburt ohne Betäubung die Hoden zu entfernen. Laut Gesetz muss dieser chirurgische Eingriff nicht einmal durch einen Tierarzt erfolgen, er kann auch „durch eine andere Person vorgenommen werden, welche die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat“ (§ 6 Abs. 1 TierSchG). Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Landwirte selbst zum Skalpellen greifen dürfen.

**Landwirte dürfen selbst zum Skalpellen greifen.**

Die blutige Tortur beginnt mit der Fixierung des Ferkels. Dann wird die Kastrationsstelle mit Seifenwasser und einem Desinfektionsmittel gereinigt. Der Schnitt wird mit einem Skalpell durchgeführt. Zuerst wird die äußere Haut durchtrennt, und die Hoden, die beim Ferkel tief im Bauchfell sitzen, werden vorgelagert. Dann wird das äußere und danach das innere Bauchfell durchtrennt, das die Hoden umgibt. Diese werden nun herausgezogen und mehrmals um sich selbst gedreht, damit sich die Gefäße und der Samenstrang zusammenziehen und die Blutung nicht zu stark ausfällt. Mit einem Schnitt werden sie abgetrennt. Die Wunde wird nicht vernäht, und das traumatisierte Tierkind wird in die Ferkel-Box zurückgesetzt, wo es noch Stunden danach apathisch in einer Ecke sitzt.

Warum hat „der Gesetzgeber“ so wenig Mitgefühl für die Tiere?

„In der Humanmedizin gab es lange die

Auffassung, dass schmerzverarbeitende Strukturen bei Säuglingen noch nicht so gut ausgebildet sind“, sagt die Tierärztin Susanne Zöls von der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die für ihre Studie Ende 2006 den Forschungspreis der Internationalen Gesellschaft für Nutztierhaltung erhielt. „Dieser mittlerweile veraltete Gedanke wurde für die Tiermedizin übernommen und beibehalten. Deshalb hält man es immer noch für gerechtfertigt, junge Tiere einem solchen Eingriff bei vollem Bewusstsein auszusetzen.“ (Auszug aus DIE ZEIT vom 16.08.2007 / Der Schmerz der Schweine)

Daneben spielen natürlich auch wirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Solange es „nur“ um das Wohlbefinden der Tiere geht, wird in der Agrarindustrie jeder Cent gespart.

Die Tierhomöopathin Bettina Jung aus Dierstorf/Nordheide, selbst überzeugte Vegetarierin und engagierte Tierschützerin: „Ich war früher Assistentin eines Tierarztes und habe miterlebt, wie verzweifelt

**„Ich wollte ihnen unbedingt diese unvorstellbare Qual ersparen.“**

sich die Ferkel die Seele aus dem Leib schreien und wie apathisch und schreckhaft sie oft noch Stunden nach der OP im hintersten Winkel des Stalls vor sich hindämmern. Ich kann leider nichts dagegen tun, dass diese klugen und sensiblen Tiere überhaupt für den Verzehr gezüchtet und getötet werden, aber ich wollte ihnen unbedingt diese unvorstellbare Qual ersparen!“

Wenn Bettina Jung bei befreundeten

Landwirten Ferkel kastriert, so geschieht dies selbstverständlich unter Betäubung. Zur Nachbehandlung verwendet sie ein homöopathisches Mittel. Sie injiziert dem Tierbaby Arnica C 200 zur Wundheilung, Blutungs- und Schmerzstillung. Danach streut sie ein Pulver aus der Kalmus-Wurzel in die Wunde, um den Wundverschluss zu beschleunigen. Dann kann das Ferkel wieder in die Box zu seinen Geschwistern und macht dabei äußerlich einen vergleichsweise recht entspannten Eindruck.

**Das deutsche Tierschutzgesetz und Politiker legalisierten diese Tierquälerei!**

Das deutsche Tierschutzgesetz und die Politiker, die für die Tortur der betäubungslosen Kastration verantwortlich sind, haben diese Tierquälerei legalisiert! Solange Tierschutz einen nachrangigen Stellenwert - wenn überhaupt - in der deutschen und europäischen Politik einnimmt, wird sich an der skandalösen Praktik kaum etwas ändern. Und welche der etablierten Parteien setzt sich schon konsequent für die Tiere ein? Etwa die CDU oder die SPD oder vielleicht die FDP?

Eine positive Veränderung wird nur dann eintreten, wenn durch ein deutliches Wahlergebnis für die Tiere ersichtlich wird, dass eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht mit der so genannten Tierschutzpolitik der Regierung einverstanden ist.

Deshalb: Bei der Europawahl ein Votum für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz!

Bernd Höcker

Redaktion ZEITENWENDE

## Stierkämpfe in Spanien, Portugal und Frankreich

# Legalisierte Perversion Schande für Europa!

Der bekannte Psychoanalytiker, Philosoph und Sozialpsychologe Erich Fromm bezeichnet Sadismus als die Leidenschaft, die uneingeschränkte Herrschaft über ein lebendes Wesen auszuüben.

In der Psychiatrie wird diese Abartigkeit als Lust oder Befriedigung definiert, die dadurch entsteht, dass einem anderen Lebewesen physische oder psychische Schmerzen zugefügt werden. Kurzum: Sadismus ist definitiv eine psychische Abnormität, die in der Regel mit einem destruktiven Charakter einhergeht.

Umso bedenklicher ist es, dass die Regierungen Spaniens, Portugals und Frankreichs es erlauben, dass jedes Jahr Zigtausende Stiere gequält und abgeschlachtet werden. Genau dieses Krankheitsbild manifestiert sich als psychotische Massenerscheinung, wenn es um die psychische Beurteilung all jener Menschen geht, die sich an dem grausamen und blutrünstigen „Gladiatorenspiel“ Stierkampf ergötzen!

Was soll man von den verantwortlichen Politikern halten, die nachweislich eine schwere psychische Erkrankung dadurch fördern, dass sie den Psychopathen Woche für Woche ihre „Droge Sadismus“ zur Verfügung stellen? Was soll man von einer politischen Führung halten, die es zulässt, dass Tiere nur zum Vergnügen von sadistisch veranlagten Menschen bis aufs Blut gequält und schließlich abgestochen werden?

Antwort: Nichts! Sie gehören aus ihren Ämtern entfernt!

Die meisten deutschen Urlauber, die sich einen Stierkampf in den genannten Ländern ansehen, sind entsetzt über das abartige Spektakel, das Tausende in die Arenen lockt. Das Entsetzen wäre weitaus

größer, wüssten sie, was sich hinter den Kulissen vor dem eigentlichen „Kampf“ abspielt.

Die Stiere werden durch auf den Rücken geschnallte Sandsäcke gezielt geschwächt, oder sie werden durch verabreichte Medikamente entkräftet. (Laut einer wissenschaftlichen Untersuchung der Universität in Salamanca werden etwa 20 Prozent der Tiere mit Medikamenten vor dem Mordspektakel vollgepumpt.) Die Hörner werden um einige Zentimeter gekürzt, was zu einer Koordinationsbeeinträchtigung führt. Ihre Nackenmuskulatur wird angeschnitten, um die Kopfbewegungen zu verringern. Abführmittel werden verabreicht, die Hoden werden mit angespitzten Fahrradspeichen perforiert und Petroleum oder Vaseline in die Augen gerieben, um die Sehfähigkeit einzuschränken.

In einem typischen Stierkampf kommen zuerst die Pikadore auf Pferden zum Einsatz und bohren Lanzenspitzen in die Nackenmuskeln und Rücken des Stieres, wobei sie die scharfkantigen Lanzenspitzen in der Wunde drehen, damit das Tier größere Mengen an Blut verliert. Danach werden dem Stier von den so genannten Banderilleros Speerspitzen mit Widerhaken in den

**Der Stier ist bei vollem Bewusstsein...**

Nacken gestoßen. Im letzten Akt versucht der Toro mit einem Schwertstich ins Rückenmark dem Stier den Todesstoß zu versetzen. Häufig wird das Rückenmark jedoch nicht vollständig durchtrennt und der Stier bei vollem Bewusstsein, aber paralysiert von Schmerzen und Erschöpfung, an seinen Hörnern aus der Arena gezogen.

Der Stierkampf ist eine der grausamsten Tierquälereien. Die Befürworter - darunter auch die politisch Verantwortlichen - verteidigen das sadistische Schauspiel als „traditionelles Kulturgut“. Spanien, Portugal und Frankreich verstoßen damit gegen das ethische Empfinden der meisten EU-Bürger.

Unglaublich, aber wahr: Jährlich fließen zig Millionen Euro als EU-Subventionen an die spanischen Kampfstier-Züchter! Unsere Partei hat die Abschaffung des Stierkampfes zu einem ihrer Themen für die EU-Wahl 2009 gemacht. Wir setzen uns als einzige Partei in der BRD konsequent dafür ein, dass auf EU-Ebene ein Gesetz mit dem Ziel erlassen wird, diese Tierquälerei zu beenden.

Wenn Sie helfen wollen, Stierkämpfe abzuschaffen, wählen Sie uns am 7. Juni und boykottieren Sie gezielt die oben genannten Urlaubsländer, bis diese legalisierte Perversion abgeschafft wurde!

Stefan Bernhard Eck  
Redaktion ZEITENWENDE

**Zig Millionen Euro EU-Subventionen für Kampfstier-Züchter**



## Weltwirtschaftskrise

# Die Schuldigen bei

Mit der prognostizierten Aufbruchsstimmung einer globalisierten Wirtschaft im dritten Jahrtausend dürfte es erst einmal vorbei sein. Die propagandistischen Lobeshymnen sind verklungen, die neoliberale Ideologie ist definitiv durch die Deregulierung der Finanzmärkte und die Politik „Wachstum um jeden Preis“ gescheitert!

**R**aubtier-Kapitalismus, Globalisierungswahn und Missmanagement der größten Banken der Welt sowie epochale politische Fehlentscheidungen der Regierungen der Industrie-Nationen haben die globale Wirtschaft in die wahrscheinlich tiefste Krise der Neuzeit gestürzt, welche weit über die „große Depression“ hinausgeht, die am 24. Oktober 1929 mit dem „Schwarzen Freitag“ begann und die 1930er Jahre dominierte.

### Ursachen eines wirtschaftlichen Irrsinns

Seit über zwei Jahrzehnten brodelte es unter der Oberfläche der globalen Wirtschaft; massive Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsgiganten USA, EU, China, Indien, Japan und Russland fanden statt. Es ging um nichts Geringeres als um die wirtschaftliche Vormachtstellung in einer zunehmend zusammenwachsenden Welt.

Nach dem Platzen der „New-Economy-Blase“ ab März 2000 suchten die gebannten Investoren nach sicheren und lukrativen Geldanlagen. Man dachte, dass Hypotheken gegenüber den High-Tech-Aktien sicher sind, zumal die Grundstückspreise in den USA ständig stiegen. Um den Binnenkonsum noch weiter anzukurbeln, senkte die US-Notenbank trotz bestehender Inflationsrisiken die Leitzinsen innerhalb der Jahre 2000 bis 2004 von 6,5 auf 1,0 Prozent. (Um einem Überhitzen der Boomwirtschaft entgegenzuwirken, wurden die Leitzinsen von 2004 bis 2007 kontinuier-

lich wieder auf 5,25 Prozent angehoben.) Heute, nach dem „Super-Crash“, stehen sie knapp über 0 Prozent.

Die Kreditvergabe wurde ab der Jahrtausendwende weltweit erleichtert und bestehende Kontrollmechanismen für das Finanzsystem wurden von den Regierungen immer weniger wahrgenommen. Der Wachstumswahn gipfelte darin, dass Ex-Präsident George W. Bush sich für den „amerikanischen Traum“ vom eigenen Haus stark machte und nicht einschränkte, als seine Landsleute ihren „American Way of Life“ über Schulden finanzierten. Mit krimineller Energie wurden die Kreditnehmer mit einer niedrigen Anfangsverzinsung getäuscht und die späteren Zinsaufschläge wurden ihnen bewusst verschwiegen. In

**Mit krimineller Energie wurden die Kreditnehmer getäuscht.** In den Jahren 2005 und 2006 gaben amerikanische Banken und Finanzdienstleister rund 3.200 Milliarden Dollar an Hypothekendarlehen aus, davon ein Fünftel an Kunden mit schlechter Bonität. Zudem wurde nicht beachtet, dass der Durchschnittsamerikaner 16 Kreditkarten besitzt, die nicht selten bis zum Dispo-Limit ausgeschöpft sind, und dass zudem ein großer Teil der US-Amerikaner einen zusätzlichen Kredit für die Luxuskarosse bei einer hauseigenen Bank der großen Automobilkonzerne zu tilgen hatte. All dies führte zur Hypotheken- oder „Subprime-Krise“, die der Zündfunke zur heutigen Weltwirtschaftskrise war.

Eine andere Krisenursache war, dass es seit dem Einsatz von Computern und de-



Spiegel, Ausgabe 5/2009 vom 26. Januar 09

Foto-Quelle: Stefan Bernhard Eck



# m Namen nennen...

ren Vernetzung zu immer unkontrollierbaren Aktivitäten im globalen Kapital- und Geldverkehr kam. Die Rohstoffbörsen wurden zum Spielball von international agierenden Spekulanten. Von deren Gier nach dem schnellen Gewinn infiziert, hieß das Credo nun „25 Prozent Kapitalrendite und mehr“ erzielen (Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann). Dafür wurden nach und nach risikoreiche und hoch komplizierte Finanzzertifikate, so genannte

## Rohstoffbörsen wurden zum Spielball.

Derivate geschaffen. Diese undurchsichtigen Finanzinstrumente produzierten jedoch keine zusätzlichen Werte im klassischen Sinn, sondern nur Wertzuwächse oder Verluste (= Schulden) auf dem Papier. Weil schnelle Gewinne in Aussicht gestellt und die Risiken verschwiegen wurden, wanderten diese hoch spekulativen Produkte in die Portfolios von Hedgefonds, Pensionsfonds, Investment- und Geschäftsbanken; selbst deutsche Landesbanken konnten der Versuchung nicht widerstehen und legten Milliardenbeträge in Hypotheken-Derivaten und ähnlichen Zertifikaten an.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, welche die Hauptschuld an der globalen Rezession tragen, wurden die Krisenwarnungen in den Wind geschlagen, ging es doch um die Wiederwahl zur zweiten Amtsperiode von George W. Bush, der von einem drohenden „Credit-Crunch“ weder etwas verstand noch etwas wissen wollte. Aber der Zusammenbruch dieses „Weltcasinos“ kam keinesfalls überraschend. Namhafte Ökonomen rund um den Globus haben ihn kommen sehen und gewarnt.

Mit Beginn des Jahres 2008 war das „große Beben“ nicht mehr aufzuhalten; immer mehr Derivate verloren rasant an Wert, weil die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkamen und gleichzeitig der US-Immobilienmarkt infolge von Tausenden von Zwangsverstei-

gerungen einbrach. Die Banken mussten Abschreibungen und Verluste in der Größenordnung von vielen Tausend Milliarden Euro verbuchen und konnten nur durch staatliche Eingriffe gerettet werden.

Der Akkumulationspunkt für die internationale Finanzwelt war am 15. September 2008 erreicht, als die Bush-Administration die große New Yorker Investmentbank Lehman Brothers mit samt Zigtausenden von Lehman-Derivaten in die Pleite fallen ließ. (Ein peinlicher und kostspieliger Zwischenfall der besonderen Art trat dadurch ein, dass die deutsche Bank KfW noch am 15. September einen Betrag von etwa 350 Millionen Euro an Lehman Brothers überwies, obwohl deren bevorstehende Insolvenz zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt war.)

Die Pleitewelle erreichte Europa, die Immobilienpreise in England brachen ein, und einige europäische Banken mussten teilverstaatlicht werden. Die angeschlagene belgische Fortis-Gruppe kollabierte, die Dexia-Bank konnte nur durch eine konzertierte Aktion der französischen, belgischen und luxemburgischen Regierungen gerettet werden. Nachdem die deutsche Hypo Real Estate Milliarden Verluste durch ihre Tochterbank Depfa verbuchen musste, erhielt sie staatliche Garantiezusagen in zweistelliger Milliardenhöhe. (Sie hat bisher etwa 102 Milliarden Euro an Staatsbürgschaften erhalten. Eine Verstaatlichung steht jetzt bevor!)

Im Januar 2009 waren alle „Geldhäuser“ in den Sog der Krise geraten, sogar die staatlichen Landesbanken wie die West LB, die Sachsen LB und die Bayern LB, die bei dem Finanzroulette kräftig „mitgezockt“ hatten. Die fehlgeschlagenen Spekulationen wurden lange verschwiegen, weil die Banken Milliardenverluste an Steuergeldern eingefahren hatten.

Aber nicht genug damit - nachdem die

Regierung bereits im November 2008 der Commerzbank mit einer Eigenkapital-spritze von 8,2 Milliarden Euro unter die Arme gegriffen hatte, stützten Merkel, Steinbrück & Co. die angeschlagene Bank am 10. Januar nochmals mit etwas mehr als 18 Milliarden Euro aus dem „Staatssäckel“. In deren Bilanzen werden noch immer faule Kredite in Milliardenhöhe vermutet.

Mitte Januar kam heraus, dass die 20 größten deutschen Finanzinstitute noch auf Wertpapieren in Höhe von 300 Milliarden Euro sitzen, die vollständig abgeschrieben werden müssen! Man schätzt, dass sich das Volumen an „faulen Wertpapieren“ aller deutschen Banken auf rund 1 Billion Euro beläuft. Ob sie mit dieser Last 2009 überleben können, steht noch in den Sternen.

## Wo befinden wir uns heute?

Mitten in einer Weltwirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes! Die Aktienkurse an sämtlichen Börsen der Welt sind eingebrochen. Die Kreditvergabe ist stark rückläufig und infolgedessen werden unternehmerische und private Investitionen aufgeschoben. Die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Grundstoffe sind drastisch zurückgegangen, ebenso die Preise für Immobilien. Für erspartes Geld erhält man kaum noch Zinsen; auf die Spargroschen der Bürger greift der Fiskus auch noch mit 25 Prozent Abgeltungssteuer zu. Die Neuverschuldung und mit ihr die gesamten Staatsschulden, die vom Steuerzahler getilgt werden müssen, sind exorbitant angestiegen. Die Krise hat zu Kurzarbeit geführt und bereits Firmen in den Bankrott getrieben. Schon bald ist mit Massenentlassungen und einer rapide steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen. Zweifellos werden auch die demokratischen und gesellschaftlichen Strukturen ins Wanken geraten - es ist nur eine Frage der Zeit! >

Verantwortlich dafür sind jene Politiker/innen, die Spekulanten in Investmentbanken, Hedgefonds usw. hofiert und ihre politischen Entscheidungen nach deren Vorgaben getroffen haben. Sie verspielten leichtsinnig zig Milliarden von Steuergeldern – also Volkseigentum – und vernichteten damit Arbeitsplätze. Obwohl es seit 2004 genügend Warnungen gab, schrieben CDU/CSU und SPD noch in ihren Koalitionsverträgen die Deregulierung der Finanzmärkte fest und handelten entsprechend blauäugig.

Merkel, Steinbrück & Co. haben ihre

Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt und vor allem nichts getan, um unsere Volkswirtschaft auf diese absehbare Krise vorzubereiten.

Nun liegt das Kind im Brunnen und die Bundesregierung verfällt in puren Aktionismus unter dem Deckmantel der „Konjunkturpakete“. Mit riesigen Staatsinvestitionen, Steuerentlastungen, Beitragssenkungen, Kinderbonus und Abwrackprämie will sie den Wirtschaftsabschwung bremsen. Hinzu kommen Bürgschaften für die angeschlagenen Kreditinstitute in Höhe von 400 Milliarden Euro und weitere 80

Milliarden Euro zur Stärkung ihres Eigenkapitals. Den Banken werden wertlose Papiere abgekauft, damit diese eine „saubere“ Bilanz vorlegen können. Das Geld, das der Staat jetzt großzügig ausgibt, ist nichts anderes als das Geld der Steuerzahler. Ferner ist unverantwortlich, den kommenden Generationen riesige Schuldenlasten aufzubürden.

Für das politische Missmanagement sollte man den Verantwortlichen die Rote Karte zeigen!

*Stefan Bernhard Eck*

Redaktion ZEITENWENDE

## Europa aktuell

# Demokratieverlust durch EU-Diktat



In einem Referendum haben die Iren im vergangenen Jahr gegen den „Vertrag von Lissabon“ gestimmt. Er ist zurzeit noch nicht von allen 27 Mitgliedsstaaten ratifiziert.

**A**uch in Deutschland werden immer mehr Stimmen laut, die das Vertragswerk kritisieren oder ablehnen, weil damit die staatliche Souveränität und wichtige Hoheitsrechte nahezu beseitigt werden.

Schon jetzt sind 60 bis 70 Prozent aller neu eingeführten Gesetze in Deutschland

**60 bis 70 Prozent aller Gesetze in Deutschland...**

nur Umsetzungen aus Brüssel. Nicht genug damit, die neue EU-Verfassung verpflichtet die Vertragspartner, auch Kampfeinsätzen zuzustimmen, die nicht der reinen territorialen Verteidigung dienen, sondern der Durchsetzung der Interessen der Europäischen Union. Zudem wird durch die Solidaritätsklausel ein eigenständiges Militärbündnis neben der NATO innerhalb der EU geschaffen. Wird ein EU-Land angegriffen, ist man zur gemeinsamen Verteidigung verpflichtet. Ferner erhält die EU rechtlich die Möglichkeit, Kriege zu erklären oder in Kriege einzutreten, ohne die Entscheidung der

Vereinten Nationen abzuwarten. In Artikel 28a wurde festgeschrieben, dass die 27 Mitgliedsstaaten ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise verbessern müssen, was nichts anderes bedeutet, als dass die Vertragspartner zur kontinuierlichen Aufrüstung gezwungen werden.

Auch unsere Sozialstaatlichkeit wird tangiert, denn der Vertrag bietet keine Möglichkeit, gegen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs vorzugehen, wie jüngst ein Urteil bewies, wonach öffentliche Aufträge nicht an speziell festgelegte Mindestlöhne gekoppelt werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht, das als Kontrollinstanz dafür sorgen soll, dass die Regierung das Grundgesetz einhält, wäre nach der Ratifizierung mehr oder weniger in ihren Rechten beschnitten. EU-Staaten könnten in wesentlichen Fragen auch nicht mehr wie bisher mit einem Veto wichtige nationale Interessen vertreten. Die „Lobbykra-

**...sind nur Umsetzungen aus Brüssel.**

tie“ würde in einem ungeahnten Ausmaß zunehmen. Verrichten die „Einflüsterer der Wirtschaft“ jetzt noch ihre Arbeit im Umfeld der 27 nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten, könnten sie zukünftig geballt in Brüssel ihre auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Interessen vertreten.

Fazit: Die EU hatte zur Stabilisierung des Friedens und der ökonomischen Entwicklung innerhalb Zentraleuropas beigetragen. Aber es gab auch negative Aspekte wie z.B. Bürokratisierung, Verschwendung finanzieller Mittel, die tierquälerische Agrarpolitik und die lebensverachtende Entscheidung für REACH, das Chemikaliestest-Programm, das vielleicht 45 Millionen Versuchstiere das Leben kosten wird. Der „Vertrag von Lissabon“ würde die Voraussetzung schaffen, dass zukünftig noch mehr solcher Fehlentscheidungen getroffen werden.

Unsere Partei will ein vereintes, demokratisches Europa, aber nicht um jeden Preis!

*Stefan Bernhard Eck*

Redaktion ZEITENWENDE

## Die EU und ihre Bauern

# Subventionsdschungel EU-Agrarpolitik

Der „normale“ Bürger blickt nicht mehr durch. Hätte er den Durchblick, würde ihm die Galle überlaufen. Wir nehmen dieses Risiko einmal in Kauf und laden Sie ein, uns ein Stück in den Subventionsdschungel der Europäischen Union zu begleiten.

Wussten Sie, dass der EU-Agrarhaushalt 2008 rund 55 Milliarden Euro betrug? Das waren rund 60 Prozent des gesamten EU-Budgets. Mehr als ein Fünftel davon zahlten die deutschen Steuerzahler! Die Ver(sch)-wendung dieser Subventionen wurde von unseren Politikern bis Ende 2008 absichtlich verschleiert! Aus angeblichen Datenschutzgründen hatte man sich geweigert, die Empfänger und die Höhe der Fördergelder preiszugeben. Der Grund: Die Subventionen werden nicht nach sozialen und ökologischen Kriterien verteilt. Großbetriebe mit Massentierhaltung und Monokulturen erhalten mehr als 300.000 Euro pro Jahr, während kleinbäuerliche Betriebe mit weniger als 12.000 Euro pro Jahr bezuschusst werden. Je größer und technisierter der Hof, desto mehr Gelder kommen aus Brüssel. Kleine Familienbetriebe hingegen gehen Pleite!

Großgrundbesitzer werden von der EU reich beschenkt, z.B. der britische Thronfolger Prinz Charles, der 2004/2005 für seine Landgüter 990.000 Euro an EU-Subventionen bezog. Fluglinien und Kreuzfahrtschiffe erhalten Subventionen, weil ihre Passagiere bei Reisen ins EU-Ausland Mahlzeiten aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu sich nehmen, die in der EU produziert wurden. Die Bordverpflegung wird einem Export gleichgesetzt, und so subventionieren wir alle die Gaumenfreuden der Reichen und Superreichen mit. Zu den Profiteuren dieser fatalen Politik zählen aber auch internationale

**Großgrundbesitzer werden reich beschenkt.**

Konzerne. So hat allein der Schweizer Agrarriese Nestlé 2003/2004 fast 44 Millionen Euro kassiert.

Wussten Sie, dass eine europäische Kuh am Tag mit zwei Dollar subventioniert wird? Das ist mehr, als ein Arbeiter in der „Dritten Welt“ im Tagesdurchschnitt verdient! Der Zucker des Konzerns „Südzucker“ ist in Afrika billiger als der dort produzierte Rohrzucker. Wie kann das sein? Antwort: Exportsubventionen!

In der EU werden mehr Milch und Fleisch produziert als verbraucht. Die Überschüsse werden zu Dumping-Preisen in Entwicklungsländer exportiert, was dazu führt, dass dort die Lebensgrundlagen der Bauern ver-



nichtet werden. Sie können nicht mit den Billig-Importen aus der EU konkurrieren.

Wussten Sie, dass Schweinefleisch aus der EU beispielsweise in Kamerun für 1 Euro pro Kg verkauft wird, während die gleiche Ware aus heimischer Produktion 2,50 Euro kostet? Die EU subventioniert jedes Kg Fleisch mit 31 Cent. Schenkel, Flügel, Hälse und Innereien von EU-Hühnern landen in Afrika - zu einem Dumping-Preis von 1,44 Euro. Dagegen haben die einheimischen Züchter mit einem Preis von 2,40 Euro pro Kg keine Chance.

Schätzungen zufolge werden rund 30.000 Tonnen „EU-Fleisch“ pro Jahr nach Westafrika exportiert. Das führt zu einem Verlust von 200.000 Arbeitsplätzen vor

Ort. In Afrika werden bis zu 7 Menschen mit einem Vollarbeitsplatz ernährt; dies bedeutet, dass ungefähr 1,4 Millionen Menschen durch die Fleisch-Exporte in die Armut getrieben werden. Mit ihren Agrarsubventionen verfolgt die Europäische Union eindeutig neokoloniale Ziele: die wirtschaftliche Vormachtstellung in Afrika. Und die Steuerzahler der EU finanzieren die Verelendung und Landflucht der afrikanischen Bevölkerung.

Die europäische Landwirtschaft rechnet sich schon lange nicht mehr, wenn man bedenkt, dass dort rund 55 Milliarden Euro im Jahr „vernichtet“ werden. Zählt man die nationalen Fördermittel hinzu, erhält die Landwirtschaft allein in Deutschland Subventionen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro jährlich. Von der durchschnittlichen Steuerlast einer dreiköpfigen Familie fließen somit jedes Jahr ca. 800 Euro in die staatliche Stützung unseres Nährstandes. Und dennoch gibt in Europa alle zwei Minuten ein Bauer seinen Hof auf. Die Anzahl der Bauernhöfe hat sich von 1980 bis heute in Deutschland bereits mehr als halbiert. Grund: An den Subventionen mästen sich auch andere Nutznießer - die mächtigen Liefer-, Handels- und Produktionsbetriebe sowie die chemische Industrie.

Hat die Pharmaindustrie Ärzte und Patienten zu dem Irrglauben verführt, der Mensch benötige chemische Behandlung, um vital zu bleiben, so verdonnert die petrochemische Industrie die EU-Landwirte dazu, den Boden immer massiver mit Chemikalien zu durchsetzen: Ein Milliardengeschäft auf Kosten des Bodens, der Bauern, der Verbraucher und der Tiere. Und all dies wird mit Subventionen „belohnt“!

*RA Dominik Storr/Stefan Bernhard Eck*  
Redaktion ZEITENWENDE

## Risikofaktor:

# „Grüne Gentechnik“

Schon immer haben die Menschen versucht, Pflanzen zu veredeln und zu verbessern. Bisher geschah dies durch konventionelle Züchtung. Gentechnik hingegen bedeutet das Einschleusen eines artfremden Gens in einen Organismus mit Hilfe von Bakterien, Viren oder anderen Methoden.

**D**adurch soll die Qualität und Haltbarkeit vieler Nahrungspflanzen verbessert werden; Beispiele sind „Antimatsch-Tomaten“ und Erdbeeren, die durch Einbau der Gene von Tiefseefischen kälteresistent sind. Eine angebliche Verbesserung sei auch die Anreicherung von Reis mit dem Vitamin A.

Die problematischste „Verbesserung“ ist die angestrebte Resistenz gegen so genannte Schädlinginsekten, aber auch gegen Pestizide und Insektizide.

Entsprechend manipulierte Pflanzen enthalten ein Gen des Bazillus thuringiensis („BT-Mais“) und produzieren ihr eigenes, hochgiftiges Insektizid. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass man Schutz vor Schädlingen viel effektiver erzielen kann durch eine wechselnde Fruchtfolge auf den Feldern oder durch

**Pflanzen produzieren ihr eigenes Insektizid.**

Vermeidung großer Monokulturen. Zudem sind inzwischen viele Insekten auch gegen die GVO-Gifte (GVO = gentechnisch veränderte Organismen) resistent. Der Teufelskreis, den man seit Einführung des chemischen Pflanzen-„Schutzes“ kennt (Gift-Resistenz - noch mehr und stärkeres Gift) beginnt von neuem.

Produziert werden GVOs von großen multinationalen Konzernen wie Monsanto (Weltmarktführer mit 90 Prozent), Syngenta (Agrochemie-Tochter des Pharma-Konzerns Novartis), Bayer und BASF. Diese Konzerne streben an, die globale Produktion von Lebensmitteln zu beherrschen, indem sie versuchen, die Patentierung ihrer GVOs durchzusetzen.

Gefahren: Das Erbgut der Gentechnik-Pflanzen vermischt sich durch Pollenflug und Insekten mit konventionellen und mit Wildpflanzen. So ist in Kanada gentechnikfreier „konventioneller“ oder gar Bio-Anbau von Raps dank des dort angebauten

Monsanto-Rapses kaum noch möglich. Zu allem Überfluss versuchte Monsanto auch noch, Zahlungen für seine patentierten Gene zu verlangen, die sich in die anderen Pflanzen ausgekreuzt hatten und von Bauern also unfreiwillig „genutzt“ wurden.

**Veränderte Pflanzen dienen überwiegend als Futtermittel.**

Die gentechnisch veränderten Pflanzen dienen überwiegend als Futtermittel für Schweine und Rinder. Fatalerweise sollen „Biotreibstoffe“ aus Mais, Soja oder Raps den weiteren Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen legitimieren.

Die weltpolitischen Konsequenzen der Freigabe von GVOs könnten zu einer völligen Abhängigkeit der Nahrungsmittelproduzenten und der Konsumenten von Monsanto und einigen anderen Konzernen führen. Somit sind die globale Nah-



rungsouveränität, die Biodiversität und das gesamte ökologische Gleichgewicht bedroht.

**Offenbar werden Mast-schweine davon unfruchtbar.**

Offenbar werden sie davon unfruchtbar, ebenso Rinder.

Eine Kontaminierung anderer Pflanzen wäre vorprogrammiert, so dass in vielen EU-Ländern der Anbau von MON810 verboten wurde. In Deutschland ist der Anbau seit einigen Jahren erlaubt und findet fast ausschließlich in den neuen Bundesländern statt. Neuerdings wird versucht, das ländliche Polen zum Versuchsfeld für Gen-Mais zu machen und insgesamt das EU-Moratorium aufzuweichen.

Selbstmord-Gene: Die großen Pharma- und Chemieriesen erhoffen sich von der „Grünen Gentechnik“ nicht nur riesige Profite, sie wollen erklärtermaßen mittelfristig die gesamte Produktion von Nah-

zungsmitteln von sich abhängig machen, mithin die Weltbevölkerung! Die Bauern sind gezwungen, sich für jede Aussaat neues Saatgut bei dem jeweiligen Konzern zu kaufen, da die ausgesäten Pflanzen dank des eingebauten „Selbstmord- oder Terminator-Gens“ nicht fortpflanzungsfähig sind. In Indien hat der Begriff „Selbstmord-Gen“ einen noch ganz anderen Sinn erhalten: Viele Bauern bringen sich um - vor allem im Baumwollanbau, weil sie sich in Abhängigkeit der Agro-Konzerne begeben haben und dadurch verarmt und überschuldet sind.

Ein ähnliches Schicksal droht jetzt Südafrika, wo Bayer seine GVO-Baumwolle anbauen will. Diese würde die innerafrikanischen Märkte zerstören und hätte massive ökologische und gesundheitliche Folgen, denn die enthaltenen Pestizide machen diese Baumwolle hochgiftig.

Die Behauptung, mit der Grünen Gentechnik den Hunger bekämpfen zu wollen, wird Lügen gestraft, indem die Anbaubiete für Getreide und andere Pflanzen für den menschlichen Verzehr umgewandelt

werden in riesige Monokulturen für gentechnisch veränderte Pflanzen, wie beispielsweise in Argentinien, wo Soja für die Mast von Schweinen, Rindern und Hühnern in den Industrieländern angebaut wird. In Brasilien werden hierfür große Teile des Amazonas-Regenwaldes abgeholzt.

Nach allem, was man bisher weiß, ist die „Grüne Gentechnik“ eine unkalkulierbare Zeitbombe.

**Tiere sind immer die ersten Opfer.**

Tiere sind immer die ersten Opfer. Nach Verfütterung von transgenen Pflanzen stellte man fest: Krebs bei Ratten, und, wie oben erwähnt, Unfruchtbarkeit bei Schweinen und anderen Tieren. Hier wird erneut deutlich, wie manipulativ mit Tierversuchen umgegangen wird, denn Konsequenzen für den Menschen wurden nicht gezogen. Er wird zweifellos das nächste Opfer sein.

Entschlossener Widerstand ist also angebracht. *Franziska Ute Gerhardt*  
Redaktion ZEITENWENDE

**Für ein Europa ohne Atomkraftwerke!**

**Nie wieder Tschernobyl...**

Wegen der ständig steigenden Energiepreise propagieren die verantwortlichen Politiker/innen - abgesehen von Umweltminister Gabriel und von Bündnis 90/Die Grünen - die weitergehende



Nutzung von Atomkraftwerken bzw. den „Ausstieg aus der Kernenergie“ und scheuen auch vor Lügen nicht zurück.

haben sie denn Tschernobyl schon vergessen? Oder ist Radioaktivität etwa ungefährlicher geworden? Kann man weiter radioaktiven Abfall produzieren, ohne zu wissen, wo und wie dieser zu lagern ist?

Alle Umweltschutz-Organisationen warnen zu Recht: Atom-Energie ist nicht sicher! In fast allen deutschen Reaktoren von Karlsruhe über Biblis, Krümmel und Brunsbüttel wurden Störfälle bekannt. Die Bevölkerung wird aber nur informiert, wenn sie sich nicht mehr verheimlichen lassen. Dabei gibt es keinen wirksamen Schutz vor Radioaktivität. Schon der „normale“ Betrieb eines Atomkraftwerkes bedeutet für die Menschen, die in der Umgebung leben, ein erhöhtes Krebsrisiko. Plutonium ist das tödlichste und langlebigste Material überhaupt.

Daneben ist die Frage der Endlagerung nicht gelöst! Experten halten den Salzstock von Gorleben für ungeeignet, weil niemand vorhersagen kann, wie lange dieser „dicht“ ist. Die Katastrophe kann auch uns treffen - und wenn nicht, bleibt die Gefahrenquelle für die nachfolgenden Generationen bestehen. Das Forschungslager Asse, wo bereits Wasser einge- >

drungen ist und eine radioaktive Brühe das Grundwasser zu verseuchen droht, ist der beste Beweis dafür, dass die Endlagerung von Atom Müll für die Bevölkerung immer ein hohes Risiko darstellt.

Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz, wie uns viele Lobby-hörige Politiker/innen weismachen wollen. Auf diesen Zug sind nun auch die großen Energiekonzerne aufgesprungen, die sich in der Vergangenheit wenig Sorgen um das Klima machten. Sie propagieren jetzt den „Aus-

**Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz.**

stieg aus dem Ausstieg“ mit dem Argument, dass Atomstrom quasi CO<sup>2</sup>-frei zu haben sei. Eine glatte Lüge, denn bereits der Uranabbau setzt CO<sup>2</sup>-Emissionen - wenn auch nur geringe - frei. Wollte man die ganze Welt vor dem Klimawandel schützen, müssten ca. 1000 neue AKWs zu den bereits vorhandenen 439 neu gebaut werden.

Das Risiko von Störfällen, aber auch der politische Missbrauch (militärische Nutzung) von Atomkraft, würde unkalkulierbar werden.

Schließlich versuchen Politiker und AKW-Betreiber mit dem Argument, dass Atomstrom billig sei, die Verbraucher irrezuführen.

**Keine Versicherung der Welt deckt diese Risiken ab.**

Tatsache ist, dass längere Laufzeiten ausschließlich die Gewinne der Betreiber erhöhen. Die Folgekosten eines „Super-Gaus“ wären nicht in Zahlen auszudrücken. Keine Versicherung der Welt deckt diese Risiken ab. Allein der Bau des „Schnellen Brütlers“ in Kalkar am Niederrhein, der übrigens niemals ans Netz gegangen ist, hat 3,5 Milliarden € gekostet. Dort, wo einst das Vorzeigebild der deutschen Atomindustrie stand, befindet sich jetzt ein Freizeitpark.

Ohne die staatlichen Zuschüsse für die Energiewirtschaft wäre Atomstrom viel teu-

rer. Allein die Atomforschung wurde in den letzten 50 Jahren mit über 44 Milliarden € gefördert. Auch die Endlagerung verschlingt Unsummen. Die Forschung für erneuerbare Energien dagegen wurde, der Atomlobby sei dank, sträflich vernachlässigt!

Wir denken langfristig und nehmen die Verantwortung für Menschen, Tiere und Umwelt ernst. Wir wollen unseren Nachkommen keine radioaktiv verseuchte Welt hinterlassen. Wir haben Tschernobyl noch nicht vergessen. Deshalb lehnen wir die Nutzung von Atomkraft kategorisch ab!

Nur die konsequente Nutzung alternativer, nachhaltiger Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme usw.) und die konsequente Einsparung von Energie in unserem täglichen Leben ist das einzig Richtige auf unserem Weg in die Zukunft. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir eine intakte und lebenswerte Umwelt erhalten wollen - und zwar für alle Lebewesen.

*Monika Thau*

Redaktion ZEITENWENDE

**2500,- Euro Abwrackprämie:**

# Nachhaltig gegen die Wand

**Als wenn es eines Beweises bedurft hätte - mit diesem Tollstück haben sich unsere Politiker/innen wieder einmal selbst ein geistiges Armutszeugnis ausgestellt!**

Als Teil des Konjunkturpaketes II soll die Prämie der darbenenden Automobilindustrie helfen. Und tatsächlich hat ein Run auf die Autohäuser begonnen. Dass auch gleich „Betrüger“ mitverdienen, ist bei der in aller Eile konzipierten Regelung wenig überraschend. Das Prinzip „Nachbessern“ hat leider nicht mit Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder abgedankt. „Ein paar schwarze Schafe“ seien nicht so wichtig, Hauptsache die Prämie fließt zügig.

Politischer Weitblick: Fehlanzeige! Was nach den 600.000 Neuwagen kommt, wenn nämlich die Prämie aufgebraucht ist, steht leider noch nicht fest. Ist die Wirtschaftskrise danach vielleicht schon überwunden? Würden dann wirklich 600.000 Karossen verkauft, die sonst nie jemand gekauft hätte?

Haben nicht vielleicht diejenigen 2500 € Prämie kassiert, die sowieso vorhatten, sich einen Neuwagen anzuschaffen? Und waren es nur Wagen aus deutscher Produktion oder durften sich auch die Japaner freuen?

Der tatsächliche Konsumeffekt wird jedenfalls weit geringer ausfallen, als jetzt die große Koalition stolz verkünden lässt. Der Katzenjammer dieser Politiker und der Industrie wird nach Auslaufen der „Abwrack-

prämie“ dafür umso lauter sein!

Der Klimawandel wird keine Pause machen, nur weil Banken und Konzerne sich an ihrer eigenen Gier verschluckt haben. Es verwundert auch nicht, dass die Entscheidungsträger in CDU/CSU und SPD in Krisenzeiten nicht wissen, was ökologische und nachhaltige Politik bedeutet – das hatten sie auch vor der Krise nicht verstanden. Die Produktion eines Mittelklassewagens erzeugt 20 Tonnen CO<sub>2</sub>. Aber darüber redet man/frau nicht. Auch nicht darüber, wie viele angeblich schrottreifer Wagen einen neuen Besitzer in Afrika oder Osteuropa bald erfreuen werden. Nachhaltiger gegen die Wand geht es wohl kaum!

*Michael Siethoff/Stefan Bernhard Eck*  
Redaktion ZEITENWENDE



# Mut zu Neuem

Der griechische Philosoph Heraklit (um 540 v. Chr.) lehrte, dass alles veränderlich sei. Seine Kernaussage „panta rhei“ („Alles fließt.“) wurde nicht nur durch die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse der Neuzeit bestätigt - auch der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass diese Sichtweise der Wahrheit entspricht.

Wäre nicht alles - auch unser Denken, unser Handeln und unsere Gefühle - einem ständigen Wandel unterworfen, wo stünden wir heute? Die zivilisatorischen Errungenschaften wie beispielsweise die Abschaffung der Sklaverei und der Kinderarbeit, die Emanzipation der Frau oder die Einführung demokratischer Regeln, der Menschenrechte - alle kulturellen und auch technischen Fortschritte hätten niemals stattgefunden. Auch die Idee der Tierrechte wäre niemals entstanden, hätte sich der menschliche Geist nicht verändert und aufgeschwungen, das Mensch-Tier-Verhältnis ohne anthropozentrische Fesseln neu zu überdenken. Auch die Evolution beruht auf dieser permanenten Veränderung, die neue Formen hervorbringt und diese im gnadenlosen Wettbewerb des Daseins austestet. Stagnation bedeutet nicht nur Stillstand, sondern ist vielmehr als Rückschritt zu be-

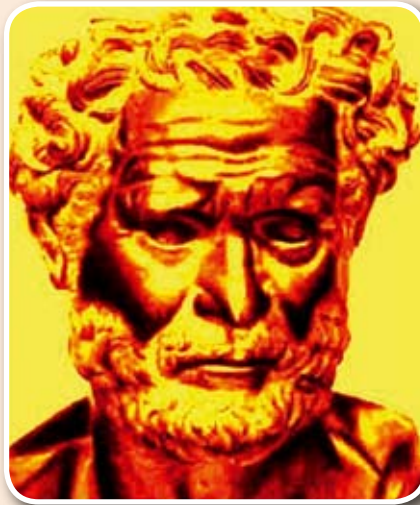
**Auch die Evolution beruht auf permanenter Veränderung.**

werten, weil die Unfähigkeit oder Angst, sich einer ständig wandelnden Welt zu stellen, dazu führt, dass man das Machbare nicht wagt und von jenen überholt wird, die den Mut besitzen, neue Wege zu gehen.

Auch wir als Partei müssen die Angst überwinden, dass Neuerungen sich immer negativ auswirken können. Dem Neuen gegenüber aufgeschlossen sein bedeutet, ein klar ersichtliches Zeichen dafür zu setzen, dass wir nicht in einer Erstarrung verharren, sondern vielmehr die Lebendigkeit und Anpassungsfähigkeit besitzen, die notwendig ist, um auf Veränderungen zu reagieren. Ein komplett überarbeitetes Grundsatzzprogramm, ein innovatives Erscheinungsbild im Sinne einer „Mar-

kenerkennung“, Kooperationen mit anderen Parteien und vieles mehr sind solche Zeichen und würden in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen.

Natürlich ist es bequemer, sich nicht vom Althergebrachten zu trennen, es ist einfacher, sich auf den ausgetretenen Pfaden zu bewegen. Oft verhindert eine überbetonte subjektive Sichtweise, zu jenem Maß



an Objektivität zu gelangen, welches die Voraussetzung dafür ist, sich dem Neuen zu öffnen. Nicht selten scheitern auch Innovationen daran, dass man/frau nicht bereit ist, die dafür notwendige zusätzliche Arbeit auf sich zu nehmen.

Wer aber etwas bewegen will, muss sich selbst bewegen, muss flexibel und objektiv sein und Mut zu Neuem haben. Wir müssen uns diese Attribute zu eigen machen und dürfen uns nicht in Formalismen und Regularien verstricken, deren buchstabengetreue Befolgung nur zu Stagnation führen würde. Eine Verlangsamung unserer Aktivitäten käme - in der Situation, in der sich unsere Partei befindet - sozusagen einem Selbstmord gleich. In einer kleinen

Partei wie der unsrigen ist Flexibilität geboten, notwendigerweise auch im Praktischen, weil wir nur wenige Aktive sind, die gezwungenermaßen viele verschiedene Aufgaben gleichzeitig in Angriff nehmen müssen.

Mut zu Neuem bedarf immer eines großen Maßes an Kreativität, und nur die wenigsten Menschen verfügen darüber. Große Parteien bedienen sich so genannter Denkfabriken, beauftragen Werbeagenturen oder Meinungsforscher, um neue Ideen zu entwickeln. Uns fehlen die finanziellen Mittel

**Mut zu Neuem bedarf immer eines großen Maßes an Kreativität.**

dazu. Umso wichtiger ist es, auf die Potentiale zurückzugreifen, die sich innerhalb der Partei anbieten.

Als Beispiel für den Mut, neue Wege zu gehen, für die geistige Flexibilität und Kreativität möchte ich unser Parteimitglied Dr. Walter Neussel nennen, der im vergangenen Jahr mit Unterstützung unserer Partei ein Buch publizierte, in dem hochbrisante Themen mit wissenschaftlicher Akribie aufgearbeitet wurden (siehe Literaturempfehlung S. 24).

Für unsere Partei stellt dieses Buch nicht nur eine hilfreiche Unterstützung bei der Überarbeitung unseres Grundsatzzprogramms dar, sondern es bietet darüber hinaus eine Fülle von Informationen und Gedankengängen, die in unsere neue Homepage einfließen können.

In der Präambel zu unserem Grundsatzzprogramm heißt es, dass wir die erste Partei sind, die sich wirklich für die Tiere verantwortlich fühlt. Wir werden dieser Verantwortung aber nur dann gerecht, wenn wir es wagen, auch zu neuen Ufern aufzubrechen.

*Stefan Bernhard Eck*

Redaktion ZEITENWENDE

Funktion	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
<i>Aufgabenbereiche</i>				
<b>Vorsitzender</b>	<b>Eck, Stefan Bernhard</b>	Preußenstr. 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/94 03 207 Fax 06 81/94 03 205	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
<i>Führung, Redaktion ZEITENWENDE, PR-Arbeit, Finanzausschuss</i>				
<b>1. Stellvertreterin</b>	<b>Giese, Margret</b>	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 05331/90 45 25 Fax 05331/9 49 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
<i>Redaktion ZEITENWENDE, Presse-Arbeit</i>				
<b>2. Stellvertreterin</b>	<b>Holst, Ingeborg</b>	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 0 71 66/14 80 Fax 0 71 66/913 90 30	ingeborg-holst@ tierschutzpartei.de
<i>Kontakte mit Landesverbänden, Presse-Arbeit</i>				
<b>Schatzmeisterin</b>	<b>Engelschall, Christine</b>	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 089/25 54 88 01 Fax 089/25548802	christine-engelschall@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzverwaltung, Finanzausschuss</i>				
<b>Stv. Schatzmeister</b>	<b>Holst, Manfred</b>	Postfach 1136 73099 Adelberg	Tel. 0 71 66/16 10 Fax 0 71 66/913 90 90	manfred-holst@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzverwaltung, Finanzausschuss, Org. Bundesgeschäftsstelle</i>				
<b>Schriftführerin</b>	<b>Bettenhäuser, Carola</b>	Postfach 74 02 03 13092 Berlin	Tel. 030/9 46 31-371 Fax 030/9 46 31-372	carola-bettenhaeuser@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftleitung, Chronik</i>				
<b>Stv. Schriftführerin</b>	<b>Gerhardt, Franziska Ute</b>	Luckenbachweg 2 79115 Freiburg	Tel. 07 61/5 55 96 31 Fax 0761/5 55 96 31	franziska-gerhardt@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftleitung, Chronik</i>				
<b>Beisitzer</b>	<b>Gerlach, Jürgen</b>	Hauptstraße Süd 87a 69483 Wald-Michelbach	Tel. 0 62 07/92 04 26 Fax 0 62 07/92 04 27	juergen-gerlach@ tierschutzpartei.de
<b>Beisitzer</b>	<b>Jesiek, Kai</b>	Deedeborg 1 26844 Jemgum	Tel. 0 49 58/91 05 04 Fax 0 49 58/91 04 41	kai-jesiek@ tierschutzpartei.de
<i>Webmaster</i>				
<b>Beisitzerin</b>	<b>Karl-Sy, Mirjam</b>	Nicolaiplatz 1 39124 Magdeburg	Tel. 03 91/252 87 62	mirjam-karl-sy@ tierschutzpartei.de
<b>Beisitzerin</b>	<b>Rust, Christa</b>	Eschersheimer Landstr. 280 60320 Frankfurt	Tel. 069/5 60 21 63	christa-rust@ tierschutzpartei.de
<b>Beisitzerin</b>	<b>Thau, Monika</b>	Volmerswertherstr. 386 40221 Düsseldorf	Tel. 02 11/9 02 33 75	monika-thau@ tierschutzpartei.de
<i>Finanzausschuss</i>				

Landesverbände	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@ tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Engelschall	Christine	80331 München	Hochbrückenstraße 8	089/25548801 089/25548802	christine-engelschall@tierschutzpartei.de
Berlin	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Kalka	Artur	12045 Berlin	Weserstraße 165	030/44650324 030/81012759	artur-kalka@ tierschutzpartei.de
Hessen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Rust	Christa	60320 Frankfurt	Eschersheimer Ldstr. 280	069/5602163	christa-rust@ tierschutzpartei.de
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@ tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Thau	Monika	40221 Düsseldorf	Volmerswertherstraße 386	0211/9023375	monika-thau@ tierschutzpartei.de
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstr. 62	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzsche	Andreas	01909 Großharthauschmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzsche@ tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Haekkelstraße 10	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol.com
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald-von-fehr@ tierschutzpartei.de



## Liste der durch Bundesparteitagsbeschlüsse gegründeten Bundesarbeitskreise (BAK)

- |   |  |
|---|--|
| 1. BAK Ernährung/Vegetarismus, Gesundheit u. Naturheilkunde | 8. BAK Tiere in der Unterhaltungsbranche |
| 2. BAK Alternative Energien                                 | 9. BAK Heimtiere                         |
| 3. BAK Praktischer Tierschutz                               | 10. BAK Stadttauben                      |
| 4. BAK Arbeit, Wirtschaft und Finanzen                      | 11. BAK Soziales und Kultur              |
| 5. BAK Menschenrechts-, Entwicklungs- und Asylpolitik       | 12. BAK Haustierdiebstahl                |
| 6. BAK Tierrechte/Veganismus                                |  |
| 7. BAK Jagd   |  |

*Kontaktadressen können bei der Bundesgeschäftsstelle erfragt werden.*

## Webseiten unserer Partei

Tierschutzpartei/Bundesverband: [www.tierschutzpartei.de](http://www.tierschutzpartei.de)  
 LV Baden-Württemberg: [www.tierschutzpartei-bw.de](http://www.tierschutzpartei-bw.de)  
 LV Berlin: [www.tierschutzpartei-berlin.de](http://www.tierschutzpartei-berlin.de)  
 LV Sachsen-Anhalt: [www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de](http://www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de)  
 LV Sachsen: [www.tierschutzpartei-sachsen.de](http://www.tierschutzpartei-sachsen.de)  
 ZEITENWENDE ONLINE: [www.zeitenwende-online.de](http://www.zeitenwende-online.de)



## Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle.

1. „Partei ergreifen, damit die Welt von morgen gerechter wird.“
2. „Einige Fragen und Antworten zu unserer Partei“
3. „Kurzfassung einiger Themenbereiche aus Grundsatz- und Wahlprogramm“
4. Postkarte „Timmi“
5. „Tierversuche abschaffen! NEIN zur Gentechnik“
6. „Kulturschande Tierversuch“
7. „Haustierdiebstahl – das immer noch unaufgeklärte Verbrechen“
8. „Ganzheitliches Denken“
9. Wahlprogramm
10. Grundsatzprogramm
11. „Rationale Verhaltensweisen im 21. Jahrhundert unter Berücksichtigung eines anständigen Umgangs mit den Tieren“ von Dr. Walter Neussel (130 Seiten)

**Aufnahmeanträge sind kostenlos über die Bundesgeschäftsstelle zu beziehen!**

### Bundesschatzmeisterei:

Christine Engelschall  
 Hochbrückenstraße 8  
 80331 München  
 Tel. 089/25548801  
 Fax 089/25548002  
[christine-engelschall@tierschutzpartei.de](mailto:christine-engelschall@tierschutzpartei.de)

Landesbank Baden-Württemberg  
 BLZ: 600 501 01  
 Konto: 4 286 088

### Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber  
 Fritz-Schumacher-Weg 111  
 60488 Frankfurt/Main  
 Tel. 069/76809659  
 Fax 069/76809663  
[bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de](mailto:bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de)  
 Bürozeiten:  
 Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

### Bundesschiedsgericht:

Kommissarische Vorsitzende:  
 Monika Grieshaber  
 Beisitzerinnen: Sabine Geisler, Christa Jenke

### Mitglieder- und Beitragsverwaltung:

Marita Holst-Gericke  
 Bühlweg 5, 73614 Schorndorf  
 Tel. 07181/9943161, Fax 07181/994002  
[mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de](mailto:mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de)  
 Bürozeiten: Mo.+ Mi., 9 - 12 Uhr

## Landesverbände in Aktion - Internes näher beleuchtet

### Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



#### LV Baden-Württemberg

Am 22. und 23. November 2008 nahmen vier Aktive unseres Landesverbandes an dem 2-tägigen Arbeitstreffen in Frankfurt teil, zu dem der Bundesvorstand eingeladen hatte (mehr darüber auf Seite 23).

Unser diesjähriger Landesparteitag fand am 29. November 2008 in Stuttgart statt, bei dem die Neuwahl des Landesvorstandes im Mittelpunkt stand. Gewählt wurden: Ingeborg Holst, 1. Vorsitzende; Christine Renz, stellvertretende Vorsitzende; Diego de Filippi, Beisitzer; Manfred Holst, Schatzmeister. Im Anschluss daran wurde über die Vorbereitungen (Sammeln der Unterstützungsunterschriften, Wahlkampfmaterial usw.) für die Wahlen 2009 diskutiert, wobei wir feststellen mussten, dass bis Ende November - trotz großem Einsatz - erst knapp die Hälfte der vorgeschriebenen Unterschriften für die Bundestagswahl erreicht wurden. Gleich am folgenden Tag ging es mit dem Sammeln weiter, diesmal in Stuttgart-Botnang, wo Christine Renz und Astrid Suchanek den Adventsbasar des dortigen Tierheimes dafür nutzten, um Unterstützungsunterschriften zu bitten.

In der Tierherberge Donzdorf (Kreis Göppingen) waren Marita Holst-Gericke und Ingeborg Holst mit dem Unterschriftensammeln beschäftigt. Am 6. Dezember 2008 zeigten wir mit unserem Parteibanner Flagge bei einer großen Demonstration in Stuttgart, die sich gegen die Verschärfung des Versammlungsgesetzes in Baden-Württemberg wandte. Das undemokratische Vorgehen einer Einschränkung der Bürgerrechte ging von Bayern aus, doch wie absehbar, ließ Baden-Württemberg nicht lange auf sich warten und zog nach. Durch unser Mitdemonstrieren wurde wieder einmal deutlich, dass unsere Partei auf allen politischen Feldern durchaus aktiv ist. Gleichzeitig liefen die - sehr zeitintensiven - Vorbereitungen an für unsere Kampagne gegen das Robben-Massaker im Weißen Meer (mehr darüber auf Seite 23). *(Ingeborg Holst)*



#### LV Berlin

Nach der Heimtiermesse Anfang November wurde es bei uns - der Jahreszeit entsprechend - weitgehend ruhig. Am 22. und 23. November 2008 nahmen Sabrina Bacholke und Michael Bode als offizielle

Vertreter des Landesverbandes Berlin an dem 2-tägigen Arbeitstreffen in Frankfurt teil. Was das Sammeln der Unterstützungsunterschriften für die Europawahl angeht, hatten wir bis Ende Oktober unser „Soll“ (etwas über 1000 Unterschriften) bereits erfüllt.

Im Januar haben wir im Rahmen der Partei-Kampagne gegen das Robbenmassaker im Weißen Meer eine Mahnwache vor der Russischen Botschaft in Berlin durchgeführt. Neben Parteimitgliedern und Aktivisten des Tierrechtsbündnisses Berlin-Vegan waren auch Mitglieder anderer Organisationen vor Ort (mehr dazu Seite 23). *(Artur Kalka)*



#### LV Niedersachsen

Am 8. November 2008 nahmen wir (Margret Giese und Rüdiger Busch) an der Demonstration in Gorleben gegen den erneuten Castor-Transport aus Frankreich teil. Weit über 15 000 Menschen aus ganz

Deutschland waren gekommen, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen gegen die Atom-Politik im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen (Genaueres zum Ablauf unter „Vorstandsarbeit“, S. 22).

Am 22. und 23. November 2008 vertrat Margret Giese den LV Niedersachsen bei einem Arbeitstreffen des Bundesvorstandes mit Vertreter/innen der Landesverbände in Frankfurt.

Am 13. Dezember 2008 sammelten wir an einem Informationsstand in Braunschweig erneut Unterstützungsunterschriften. Im Januar nahm das Verschicken (und wieder in Empfangnehmen) der Postsendungen mit ausgefüllten Unterschriftslisten an viele Städte und Gemeinden einen breiten Raum ein. Der Zeitaufwand auch für derartige Aktivitäten ist erheblich, so dass z.B. die üblichen Mitgliedertreffen vorübergehend ausgesetzt wurden.

Drei Vertreter/innen unseres Landesverbandes nahmen am 31. Januar an der Fackel-Demonstration in Wiehl teil gegen den Brandanschlag im Dezember 2008 auf das Anwesen des Tierrechtlers Rainer Gaertners, wobei drei seiner Hunde den Tod fanden (Bericht dazu auf Seite 27).

Am 7. Februar 2009 nahm unser Mitglied Sabine Pankau an der Anti-Jagd-Demonstration anlässlich der Jagdmesse in Dortmund teil. *(Margret Giese)*



#### LV Nordrhein-Westfalen

Am 06.12.2008 fand der Landesparteitag des Landesverbandes NRW in Düsseldorf statt. Der Nikolaus war zwar nicht anwesend, aber ein kleines Geschenk für jedes anwesende Parteimitglied und ein veganes Büffet gab es trotzdem. Inhaltlich ging es hauptsächlich um die bevorstehenden Wahlkämpfe und um die damit verbundenen Aufgaben der Aktiven.

Am 21.12.2008 nahmen viele unserer Parteimitglieder an der diesjährigen Fackelmahnwache gegen Tierversuche in Essen teil. Organisiert von den Tierversuchsgegnern BRD hat diese Veranstaltung seit langem einen festen Platz im vorweihnachtlichen Terminkalender vieler nordrhein-westfälischer Tierschützer.



Der Hegering im sauerländischen Menden blies für

den 17.01.2009 zu einer großen Treibjagd. Der Tierschutzverein und die Tierrechtsgruppe Iserlohn waren mit einer Kundgebung gegen die Jagd vor Ort. Mit einer Mahnwache in der Mendener Innenstadt, wo das so genannte „Strecke legen“ der Jäger groß angekündigt wurde, machten sie auf das Unrecht der Jagd aufmerksam. Der Landesverband NRW war durch die Vorsitzende Monika Thau mit einem Infostand vertreten, um unsere Positionen zum Thema Jagd deutlich zu machen.

Am 21.01.2009 traf sich dann ein kleines Team aus unserem Landesverband in Bochum, um konkret das Thema Wahlkampf zu besprechen. Es wurde beschlossen, dass diesem Arbeitstreffen weitere folgen werden. *(Michael Siethoff)*



### LV Hessen

Der Hessische Rundfunk plante, seine Fernsehsendung „Herrchen gesucht“ abzusetzen. Am 15.11.08 versammelten sich etwa 150 Tierschützer direkt vor dem Sendebauwerk und übergaben dem Pressesprecher des Senders 13.000 Protest-Unterschriften. Redner der Kundgebung waren u. a. Alfred Güntel, Vorsitzender des Landestierschutzverbandes Hessen, Mike Ruckelshaus, „Bund gegen den Missbrauch der Tiere“, sowie die LV-Vorsitzende Christa Rust. Am 06.12.08 organisierten wir zusätzlich eine eigene Demo mitten im Zentrum von Frankfurt, um unser Anliegen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Viele Passanten unterschrieben unseren Appell, der an den HR weitergeleitet wurde.

Wie jedes Jahr war für den LV Hessen auch im vergangenen die Teilnahme an diversen Tierheim-Weihnachtsbasaren schon quasi ein Pflichtprogramm, das sich nicht nur zum Unterschriften-Sammeln als hilfreich erwies, sondern auch zur Kontaktpflege mit Gleichgesinnten.



Unter dem Motto „Alles muss man selber machen. Sozialen Fortschritt erkämpfen!“ rief der ASTA (Allgemeiner Studentenausschuss) der Goethe-Universität Frankfurt zu einer landesweiten Demo auf, die am 14.01.09 mit einer Abschlusskundgebung auf dem Paulsplatz stattfand. Der LV Hessen nahm daran teil

Am 17.01.09 reisten einige Mitglieder des LV Hessen nach Wiesbaden, um an der Demonstration „Wiesbaden pelzfrei“ teilzunehmen, die von der Tierrechtsinitiative Rhein-Main organisiert wurde. *(Volker Arndt)*



### LV Saarland

Am 30. November 2008 fand die turnusgemäße Neuwahl des Landesvorstandes statt. Gewählt wurden: Stefan Bernhard Eck, Vorsitzender, Renate Baus, Schriftführerin, Ingeborg Conrad, Schatz-

meisterin, Luise Lang, Beisitzerin. Im Anschluss wurde über die Teilnahme und das damit verbundene Sammeln der Unterstützungsunterschriften diskutiert. Man war sich prinzipiell darüber einig, zu versuchen, an der Wahl teilzunehmen, machte jedoch die endgültige Entscheidung davon abhängig, ob es im Frühjahr gelingt, weitere aktive Mitglieder zur Unterstützung zu rekrutieren. *(Stefan Bernhard Eck)*



### LV Thüringen

Am 14. November demonstrierten wir vor dem Thüringer Landtag gegen den Bau der Schweinezuchtanlage Alkersleben. In der gleichen Angelegenheit beteiligten wir uns am 07. Januar an einer Gesprächsrunde in Dornheim.

Mit Schreiben vom 28. November teilten wir dem Oberbürgermeister von Gotha unsere Empörung hinsichtlich der offiziellen Ehrung eines Kürschnermeisters mit.

Am 30. November erstatteten wir Strafanzeige - mit anschließender Presseerklärung - gegen das zuständige thüringische Ministerium zur neuen Kormoran-Abschussverordnung.

Am 02. Dezember veröffentlichten wir in einer Presseerklärung unsere Meinung zu der Tatsache, dass Jäger und Angler in den Naturschutzbeirat gewählt wurden.

Am 28. Dezember teilten wir Ministerpräsident Dieter Althaus in einem Schreiben mit, dass wir die erteilten Sondergenehmigungen für weitere Legehennenkäfige für skandalös erachten und eine umgehende Rücknahme fordern.

Am 20. Dezember sowie am 24. Januar sammelten wir an Infoständen Unterstützungsunterschriften für die Europawahl.

Nachdem bereits Ende Oktober eine Ortsbesichtigung der Chinchilla-Pelztierzuchtanlage in Rippersroda stattgefunden hatte, beteiligten wir uns am 28. Januar an einem Fachgespräch zu dem Thema im Veterinäramt Arnstadt. *(Harald von Febr)*



### LV Sachsen-Anhalt

Am 7. Juni 2009 wird in Magdeburg ein neuer Stadtrat gewählt. Wir werden darum kämpfen, unseren im Jahr 2004 erlangten Sitz wieder für unsere Partei zurückzugewinnen.

In der Mitgliederversammlung am 30. November 2008 wurde unser umfangreiches Wahlprogramm diskutiert und mit wenigen Änderungen beschlossen. Es wird - wie auch unsere Kandidat/innen - in Kürze auf unserer Webseite [www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de](http://www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de) vorgestellt.

Wir sind sehr froh, dass es uns gelungen ist, Kandidat/innen aus dem Kreis der fünf relevanten Tierschutzorganisationen in der Landeshauptstadt zusammen aufstellen zu können. Wir haben einen ausgeglichenen Männer-/Frauenanteil und werden von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten vertreten: Tierarzt, Beamtin, Selbstständiger, Arbeiter, Angestellte, pensionierter Kriminalbeamter, ehemaliger Betriebsdirektor, Studentin. Unser ältester Kandidat ist 72, die jüngste Kandidatin gerade einmal 20 Jahre alt.

In Schönebeck wird in einer Versammlung am 17.02.2009 entschieden, ob, und wenn ja, mit welchen Themen sich die dortigen Mitglieder an der Kommunalwahl beteiligen werden. *(Bettina Fassel)*

# Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl 2009



**Stefan Bernhard Eck**  
*Bundesvorsitzender  
und Vorsitzender  
LV Saarland  
Werbekaufmann*



**Monika Thau**  
*Bundesvorstandsmitglied  
und Vorsitzende  
LV Nordrhein-Westfalen  
Kaufm. Angestellte*



**Margret Giese**  
*1. stellv. Bundesvor-  
sitzende und Vorsitzende  
LV Niedersachsen  
Realschullehrerin*



**Christine Engelschall**  
*Bundesschatzmeisterin  
und Vorsitzende  
LV Bayern  
Steuerberaterin*



**Ingeborg Holst**  
*2. stellv. Bundesvor-  
sitzende und  
Vorsitzende LV  
Baden-Württemberg  
Heilgymnastin*



**Michael Siethoff**  
*Vorstandsmitglied LV  
Nordrhein-Westfalen  
Kommunalbeamter*



**Marita Adler**  
*Vorstandsmitglied  
im KV Delmenhorst  
(Niedersachsen)  
Kaufm. Angestellte*



**Christine Renz**  
*Stellv. Vorsitzende  
LV Baden-Württemberg  
Physiotherapeutin*



**Artur Kalka**  
*Vorsitzender LV Berlin  
Einzelhandelskaufmann*



**Astrid Suchanek**  
*Mitglied LV  
Baden-Württemberg  
Bibliothekarin*



**Gertrud Szelmat**  
*Vorstandsmitglied LV  
Nordrhein-Westfalen  
Kaufm. Angestellte*



**Margitta Marcian**  
*Vorstandsmitglied  
LV Hessen  
Anwaltsgehilfin*



**Diethelm Wenz**  
*Mitglied LV Hessen  
Schauwerbegestalter*



**Bert Rutkowsky**  
*Vorstandsmitglied  
LV Berlin  
Diplom-Ingenieur*



**Heidrun Schultz**  
*Mitglied LV  
Brandenburg  
Ökolog. Ingenieurin*



**Udo Dautermann**  
*Mitglied LV  
Rheinland-Pfalz  
Verwaltungsangestellter*

Reihenfolge der Listenplätze von links  
nach rechts fortlaufend.



## Vorstandsarbeit

# Treffen in Frankfurt

Der Bundesvorstand hatte beschlossen, ein Mal jährlich ein 2-tägiges Arbeitstreffen mit den Vorsitzenden der Landesverbände, die nicht im Bundesvorstand vertreten sind, und mit aktiven Parteimitgliedern durchzuführen, um sich über Schwerpunktthemen und notwendige Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampf usw. auszutauschen und den zwischenmenschlichen Kontakt zu fördern, was für die gemeinsame Arbeit sehr vorteilhaft ist.

Ich übernahm die Planung und Organisation, wohl wissend, dass damit eine Menge zusätzlicher Arbeit auf mich zukommen würde. Die Tagungsstätte sollte möglichst zentral gelegen sein und ein gute Verkehrs-

anbindung haben. Für die Übernachtung kam nur eine Pension oder ein Hotel in Frage, das nicht zu teuer war. Und natürlich stand die Frage der veganen Verpflegung im Raum. Die Terminabstimmung sowie die

Suche nach den geeigneten Räumlichkeiten waren zeitintensiv und kompliziert. Aber schließlich waren meine Anstrengungen von Erfolg gekrönt; unser Arbeitstreffen fand mit 22 Parteimitgliedern am 22. und 23. November 2008 in Frankfurt statt. Viele Themenbereiche wurden ausgiebig und zuweilen auch kontrovers diskutiert.

Das wichtigste Ergebnis des Treffens war die Aufteilung der Parteiarbeit: Es wurden Arbeits- und Kompetenzbereiche definiert und entsprechende Projektgruppen gebildet. Es ist zu hoffen, dass sich die Parteiarbeit in Zukunft durch diese Lastenverteilung schneller und besser erledigen lässt.

Alle Anwesenden waren sich beim Abschied darüber einig, dass diese Arbeitstreffen zukünftig einen festen Platz im jährlichen Terminkalender der Partei haben sollten, und bald werden die ersten Vorplanungen für ein diesjähriges Arbeitstreffen in die Wege geleitet.

*Ingeborg Holst*

Redaktion ZEITENWENDE

## Vorstandsarbeit

# Unsere neue Homepage

Es gibt Projekte, die durch unglückliche Zufälle nicht immer so vorangehen, wie man es sich wünscht. Genau dies war im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Partei-Homepage geschehen.

Sie entsprach schon lange nicht mehr den Vorstellungen der Mitglieder des Bundesvorstandes, und es war höchste Zeit, sich damit zu beschäftigen. Aber unser Webmaster Kai Jesiek war „ausgefallen“, weil seine Frau durch eine komplizierte Ellenbogenfraktur als Mithelferin

auf ihrem „Gnadenhof“ mit über 100 Tieren gezwungenermaßen pausieren musste.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen musste die Homepage verändert werden, weil sich inzwischen die meisten Wähler per Internet über Parteien informieren. Wie wichtig dieses moderne Me-

dium ist, hatten Umfragen zum Wählerverhalten bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl wieder einmal deutlich gemacht. Ein großer Teil des Erfolges von Barack Obama war auf den gezielten Einsatz des Internets zurückzuführen.

Es gehört zwar nicht zu den Auf- >

gaben eines Bundesvorsitzenden, neben den täglich anfallenden Arbeiten auch noch als Webdesigner und Webmaster zu fungieren, aber es war nun Handlungsbedarf dingend geboten. Zum Glück hatte ich mich vor Jahren schon einmal mit der Gestaltung von Webseiten und dem HTML-Code („Computer-Sprache“) beschäftigt, was sich nun auszahlte.

Im Bundesvorstand hatte man sich für ein modernes, farbenfrohes Design ausgesprochen, mit aktuellen Informationen - quasi einem „Info-Pool“ für Parteimitglieder und interessierte Tierschützer/innen, mit vielen Fotos und Grafiken sowie diversen Download-Möglichkeiten. In der neuen Homepage präsentieren wir uns - so der Wunsch des Bundesvorstandes - nun als lebendige und „bunte“ Partei.

Die Besucher sollen sich ein möglichst genaues Bild machen können von unserer Parteigeschichte, unserem organisatorischen Aufbau, unseren politischen Zielsetzungen und aktuellen Schwerpunktthemen sowie von den Mitgliedern des Bundesvorstandes.

Der informelle Teil wird nun durch Pressemeldungen, Berichte über Partei-Aktivitäten und Statements zur Tagespolitik abgerundet. Zusätzlich steht ein breites Spektrum an Service-Angeboten dem Besucher der neuen Homepage zur Verfügung.

Natürlich war man sich im Bundesvorstand auch darüber einig, dass aus Gründen der so genannten Corporate Identity (einheitliches Erscheinungsbild) diese Homepage in einer „landesspezifischen Fassung“ von unseren Landesverbänden übernommen werden kann. Auch dieser Gesichtspunkt musste schon bei der

Umgestaltung mit bedacht werden. Als „Deadline“ für dieses Mammutvorhaben hatten wir uns Anfang Januar 2009 gesetzt - alles in allem eine nicht gerade leichte Aufgabe, die man sich vorgenommen hatte!

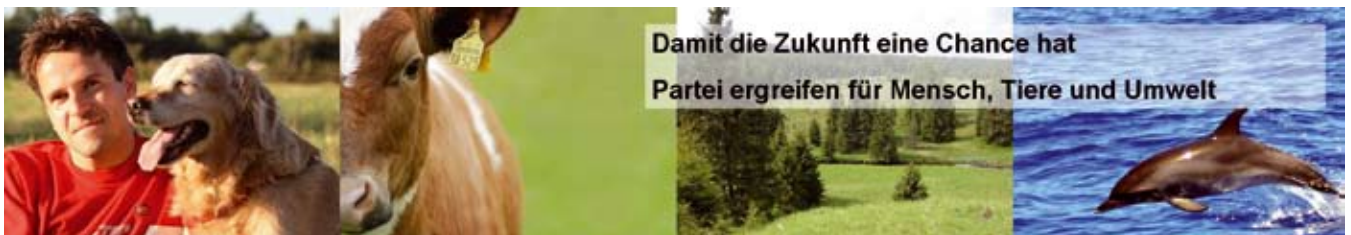
Aber am 13. Januar war es dann so weit, die neue Homepage konnte „hochgefahren“ werden, auch wenn sie noch nicht in allen Bereichen so perfekt ist, wie wir uns dies vorgenommen hatten. Der Anfang ist geschafft und sie wird ihren letzten Schliff in den kommenden Wochen erhalten.

Natürlich ist klar, dass das neue Design für manchen gewöhnungsbedürftig ist, denn jeder Mensch betrachtet eine Sache aus seiner subjektiven Perspektive. Geschmäcker sind eben verschieden! Aber die Sichtweise des Bundesvorstandes kann mithin nicht unbedingt deckungsgleich sein mit der Sichtweise eines jeden einzelnen Parteimitgliedes. Eine Tatsache dürfte sich jedoch nicht leugnen lassen: Die neue Homepage ist wesentlich besser als die alte, und wir brauchen einen Vergleich mit den Webseiten anderer Parteien nicht mehr zu scheuen! Selbstverständlich wird auch die „ZeitenWENDE online“, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu wahren, in Kürze ein neues „Outfit“ erhalten, wobei bestimmte Elemente von der neuen Homepage in die „ZeitenWENDE online“ einfließen werden. Daran arbeitet das Webteam zurzeit.

Schauen Sie auf der neuen Homepage einmal vorbei! Ich wünsche Ihnen jedenfalls schon jetzt viel Freude und Erkenntnisgewinn.

*Stefan Bernhard Eck*

Redaktion ZEITENWENDE



## Vorstandsarbeit



# ... auch in der Anti-Atom-Bewegung

Aus unserem Grundsatzprogramm (5.4 Absatz 2): „Wir setzen uns für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie ein, deren Nutzung ein unkalkulierbares Risiko für Menschen, Tiere und Natur darstellt. Die Reaktorunfälle von Harrisburg und Tschernobyl, Unregelmäßigkeiten und Versäumnisse in deutschen Atomkraftwerken sowie die ungelösten Probleme der Endlagerungen über große Zeiträume zeigen deutlich, dass diese Technologie durch den Menschen nicht beherrschbar ist. Selbst bei störungsfreiem Betrieb der Reaktoren ist das Risiko von Unfällen mit den Folgen einer Verstrahlung unserer Mitwelt beim Transport radioaktiver Abfälle und durch Techniken der Wiederaufarbeitung sehr hoch. Wir fordern

das schnellstmögliche Abschalten aller in Deutschland vorhandenen Kernreaktoren. Neue Reaktoren oder Reaktortypen, einschließlich Fusionsreaktoren, dürfen nicht genehmigt werden.“ Eine klare Position, der wir aber, trotz guten Willens, aus Zeitgründen nicht immer Rechnung tragen konnten.

Aber am 8. November 2008 war für mich „Castor-Zeit“. Umweltorganisationen wie Robin Wood und Greenpeace sowie Initiativen wie „x-tausendmal quer“ hatten eindringlich zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen und die katastrophalen Pannen im Versuchslager Asse in der Nähe meiner Heimatstadt Wolfenbüttel ließen mir keine Ruhe. Mit einem Transparent wollte ich un-

missverständlich zum Ausdruck zu bringen, was unsere Partei von der Kernenergie hält.

Am ersten der angesetzten Demonstrationstage ging es dann zusammen mit meinem Mitarbeiter Rüdiger Busch aus Braunschweig in einem der drei vollbesetzten Busse in Richtung Gorleben, wo der 11. Castor-Transport mit radioaktivem Müll aus Frankreich erwartet wurde. Je näher wir dem Logistik-Zentrum kamen, desto mehr wurde klar, dass Atomkraftgegner aus ganz Deutschland gekommen waren, um gegen die Endlagerung des radioaktiven Materials in Gorleben, einem kleinen Ort bei Lüchow-Dannenberg im Wendland zu demonstrieren. Weit über 15 000 Menschen waren vor Ort, viele von ihnen, so erfuhr man später, blieben auch in den folgenden Tagen. Sie verbrachten die kalten Nächte in Schlafsäcken, um bei Tagesanbruch wieder mit „Sit-ins“ etc. die Polizei zu beschäftigen – natürlich gewaltfrei! Mit trotzigem Humor reagierten wir Kernkraftgegner/innen während des mehrere Kilometer langen Marsches hin zum Zwischenlager auf das fast lückenlose Spalier der „Staatsmacht“: Polizei-Hundertschaften, die im angrenzenden Wald, wenige Meter von der Straße entfernt, uns im Auge behielten.



Einige Tag später hatten sich Mutige an einen großen Betonklotz angekettet und konnten nur mit Schweißbrennern davon getrennt werden. Die Bauern taten ein Übriges, indem sie Straßen mit ihren Traktoren blockierten, auf denen die auf Lastwagen umgeladenen Castor-Behälter erwartet wurden.

Die Atom-Lobby und ihre willigen politischen Handlanger werden sich warm anziehen müssen, denn es war an diesem Novembertag deutlich zu spüren, dass die Anti-Atom-Bewegung noch lange nicht am Ende ist. Wir werden erbitterten Widerstand gegen Merkel und ihre „Gesinnungsgenossen“ sowie die großen Stromkonzerne leisten, die vor den Gefahren der Kernenergie und dem Tag für Tag größer werdenden Berg von Atommüll die Augen verschließen.

Unsere Partei fordert, nicht zuletzt als Konsequenz aus dem Desaster im Asse-Schacht, den umgehenden Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Dabei dürfte ein passender Vergleich aus der Luftfahrt auch den letzten Anhänger dieser gefährlichen Risikotechnologie zur Vernunft bringen: „Man darf kein Flugzeug in die Luft schicken, wenn es keine Landebahn gibt!“

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE

## Kampagne gegen das Robbenmassaker im Weißen Meer

Das Leiden der Robben hat neue Dimensionen erreicht: Neben Kanada schlachtet jetzt auch Russland zusammen mit Norwegen die Robbenmütter und ihre wehrlosen Babys ab! Dies erfuhr ich durch russische Tierschützerinnen, die mich in persönlichen Schreiben über die verzweifelte Lage der Tiere informiert hatten. Tausende von Robbenmüttern und ihren Babys werden grausam totgeknüpelt, und alle Proteste in Russland waren erfolglos geblieben.



Also mussten wir handeln – mit einer Online-Aktion sowie einer Mahnwache vor der Russischen Botschaft in Berlin. Wegen der uns fremden russischen Sprache und wegen des Umwegs über Englisch gestaltete sich die ganze Aktion

schwieriger und zeitaufwändiger als gedacht. Das Schreiben der Texte und Recherchieren der russischen und norwegischen E-Mail-Adressen kostete so manche Nachtstunde. Die Organisation der Mahnwache vor der Russischen Botschaft hatte der Landesverband Berlin übernommen; sie fand am 21. Januar 2009 statt. Neben unseren

Parteimitgliedern waren auch die Aktivisten des „Tierrechtsbündnis Berlin-Vegan“ und Mitglieder anderer Organisationen gekommen. Sie machten mit Grablichtern, Flugblättern in deutscher, russischer und englischer Sprache sowie mit

Transparenten auf das brutale Abschachten der Tiere aufmerksam. Sie klärten auch darüber auf, dass viele Robben beim Abziehen ihres Felles noch lebendig sind - ein geradezu vorzivilisatorisches Massaker! Auch eine Zeitung (Neues Deutschland) berichtete mit Foto von dieser Aktion.

Inzwischen ist die Protestaktion auch auf unserer Bundeshomepage unter <http://www.tierschutzpartei.de/Kampagnen.htm> eingerichtet und es bleibt zu hoffen, dass durch eine rege Beteiligung die Verantwortlichen in Russland

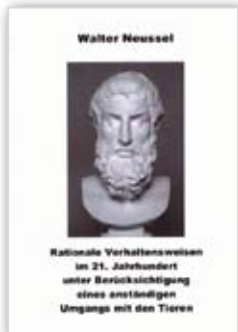
und Norwegen vielleicht doch noch einlenken werden.



Ingeborg Holst/  
Artur Kalka

Redaktion  
ZEITENWENDE

# Literaturempfehlungen



**Dr. Walter Neussel**  
**Rationale Verhaltensweisen im 21. Jahrhundert unter Berücksichtigung eines anständigen Umgangs mit den Tieren**

Schon der Titel lässt erahnen, dass dieses Buch keine einfache Lektüre ist. Und wer nicht über ein Mindestmaß an politischem Realismus, Rationalität, Toleranz und Objektivität verfügt, sollte es besser nicht lesen! Wer aber bereit ist, einen Blick hinter die Kulissen der Politik zu werfen und den Mut besitzt, tradierte anthropozentrische Normen unvoreingenommen zu hinterfragen, für den ist es eine wahre Fundgrube.

Es geht in diesem Buch nicht nur um das Mensch-Tier-Verhältnis, um Tierschutz/Tierrechte oder Umweltschutz, sondern es liefert eine Beschreibung des Ist-Zustandes aller gesellschaftlichen Verhaltensweisen, die ihren Niederschlag in Kultur, Wirtschaft, Rechtsprechung und Politik finden. Der Leser wird schonungslos mit der geradezu inflationär grassierenden Ignoranz der politischen Kaste im Besonderen und des Menschen im Allgemeinen konfrontiert. Aus gesellschaftlicher, politischer, naturwissenschaftlicher und philosophischer Perspektive greift der Autor, Dr. Walter Neussel, die Themen auf, darunter auch Tabu-Themen wie Suizid, Sterbehilfe, Bevölkerungswachstum, Medizinethik usw.

Aber nicht allein dadurch ist dieses Buch hochbrisant, sondern es stellt auch althergebrachte Vorstellungen und Werte zur Disposition wie etwa „Seele“ und „Menschenwürde“. Und dies mit rationaler Stringenz!

Darüber hinaus werden die Auswirkungen unserer heutigen Verhaltensweisen auf die Zukunft projiziert und Lösungsvorschläge angeboten, die über die herkömmlichen Denkweisen hinausreichen.

Dr. Walter Neussel ist Mitglied in unserer Partei. Seine Denkanstöße in diesem Buch, das mit Unterstützung unserer Partei publiziert wurde, werden für die Überarbeitung des Grundsatzprogramms als Diskussionsbasis Verwendung finden. Eine zweite, überarbeitete Auflage ist in Vorbereitung.

Als ich selbst das Buch gelesen hatte, kam mir ein Satz von Albert Einstein in den Sinn: „Welch triste Epoche, in der es leichter ist, ein Atom zu zertrümmern als ein Vorurteil!“

*Stefan Bernhard Eck*

Redaktion ZEITENWENDE

**Dr. Walter Neussel:**

**Rationale Verhaltensweisen im 21. Jahrhundert unter Berücksichtigung eines anständigen Umgangs mit den Tieren**  
 Kartoniert, 130 Seiten, 1. Auflage 2008

**Preis: 9,00 Euro**

(Bestellmöglichkeit ist bei der Bundesgeschäftsstelle zu erfragen.)



**Rita Bürck**  
**Zorro, der Globetrotter und andere Hundegeschichten**

Ein Hund als Käpt'n auf dem Surfbrett? Verduzt reibt man sich die Augen, wenn man das Titelbild betrachtet.

Zorro - dieses eher außergewöhnliche Exemplar eines Hundes erzählt sein aufregendes Leben auf erheiternde und spannende Weise aus seiner Hunde-Sicht. „Dabei sein“ bedeutet ihm alles, und so stellt er sich den ehrgeizigen Vorstellungen seines abenteuerlustigen zweibeinigen Rudelführers; er meistert alle Herausforderungen, nicht zuletzt, um seine unverbrüchliche Liebe und Treue zu beweisen. Der hübsche Dalmatiner berichtet über seine Erlebnisse auf Reisen – schon als Welpen ging seine erste Flugreise nach Tunesien – und über seine Aufenthalte am Meer, wo er sich im Schwimmen übte. Wasserscheu und ängstlich durfte er nicht sein, denn sein Rudelführer brachte ihm nach und nach bei, vorn auf dem Surfbrett zu stehen und sozusagen als Galionsfigur das Gleichgewicht zu halten – eine äußerst schwierige Aufgabe für einen Hund! Aber nicht nur von seinen vielen Auslandsreisen als junger Hund erzählt er, sondern auch von seinen zahlreichen Begegnungen und Freundschaften mit anderen Artgenossen, von seinen Niederlagen oder besonderen Augenblicken des Glücks. Wir erfahren, wie der Rüde die Menschen erlebt hat, ihre Freundlichkeit und Zuneigung oder auch ihr Unverständnis fremden, teils sogar ihren eigenen Hunden gegenüber. Oft besser als in so manchem trockenen Lehrbuch kann man beim Lesen dieser spannenden Schilderungen viel über die Eigenheiten und die Psyche von Hunden erfahren.

In sehr einführender Weise in die Hundeseele hat die Autorin „ihren“ Zorro aus seiner Perspektive sprechen lassen. Rita Bürck, die nach dem unerwarteten Tod ihres Sohnes dessen Hund zu sich nahm und mit ihm ihre Trauer teilte, wollte ursprünglich nur eine Geschichte über Zorro schreiben. Aber durch die vielen Erlebnisse zu zweit ist schließlich ein 123-seitiges Buch mit 150 Farbfotos entstanden. Weitere 10 Hundegeschichten, entnommen aus den Rundbriefen „Das kleine Licht“ des Fördervereins Tierhilfe Hoffnung kamen noch hinzu und bereichern dieses hübsche Buch.

*Ingeborg Holst*

Redaktion ZEITENWENDE

**Rita Bürck:**

**Zorro, der Globetrotter und andere Hundegeschichten**  
 Kartoniert, 123 Seiten, 150 Farbfotos, 2. Auflage (2007)

**Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt**

**ISBN 978-3-8334-7929-8**

**Preis: 19,90 Euro**



## Unsere Restaurant-Empfehlung „la ka rot“ in Halle an der Saale

Ich bin diesmal auf ein rein veganes Restaurant gestoßen. Erfreulich! Bei einem Telefonat mit dem Geschäftsinhaber Nicky Koschine stellte sich heraus, dass tatsächlich alle angebotenen Speisen vegan sind. Das Lokal wurde 2006 im nördlichen Zentrum von Halle eröffnet. Es stellt eine echte Alternative zur vorhandenen „Imbisskultur“ dar. Das „la ka rot“ bietet eine Vielzahl von Burgern, Fladenbrot und Wickelfladen mit verschiedenen Füllungen an. Die meisten Zutaten stammen aus eigener Herstellung. Burger und Braten werden selbst zubereitet, die Saucen ständig frisch gemixt, Tofu selbst eingelegt und auch geräuchert. Man legt Wert auf Vollwertkost. Natürlich gibt es aber auch Fritten mit Mayonnaise oder Currywurst aus Saitan. Ständig im Angebot sind



knackige Salate, Suppen und viele Tofu- und Saitan-Spezialitäten. Auch an Sojakäse und veganen Süßigkeiten fehlt es nicht. Die Preise sind günstig, sie bewegen sich zwischen 2,50 bis 4,50 Euro.

Das „la ka rot“ bietet darüber hinaus einen professionellen Cateringservice an, von zubereiteten Speisen oder kalten Platten für Selbstabholer bis hin zur kompletten Ausrichtung von veganen Festivals bis 100 Personen. Öffnungszeiten: Montags bis freitags von 12.00 bis 22.00 Uhr, samstags von 18.00 bis 22.00 Uhr, sonntags ist Ruhetag. *Sabine Jedzig*  
Redaktion ZEITENWENDE

### „la ka rot“ – Veganer Imbiss

Ludwig-Wucherer-Str. 29, 06108 Halle/Saale  
Tel.: 0345 - 95 92 98 1

## Das vegane Rezept

### „Wahlkampf-Spaghetti à la Tofu-Bolognese“

Gerade im Wahlkampf kann es mit der Zubereitung des Essens gar nicht schnell genug gehen. Da Spaghetti jedem schmecken, schnell zubereitet sind und man im Grunde beim Kochen nichts falsch machen kann, sollten sie im Wahlkampfjahr 2009 öfter als sonst auf den Teller kommen. Sportler z.B. kennen die stärkende Wirkung von Kohlenhydraten beim Auftanken ihrer körperlichen Reserven. Und nicht nur das, Nudeln erfüllen auch gute Dienste als Nervennahrung bei all jenen, die unter geistiger Anspannung stehen. Ein guter Grund also, Spaghetti zur „Wahlkampfpeise“ zu erklären!



#### Zutaten für 2 bis 3 Personen:

2 l Wasser  
1 TL Salz  
200g Vollkorn-Spaghetti  
eventuell etwas vegane Pflanzenmargarine

#### Für die Sauce:

250 g Räuchertofu

2 mittelgroße Zwiebeln  
2 Knoblauchzehen  
1 EL Olivenöl  
2 TL getrocknetes Basilikum  
je einen halben TL Rosmarin, Salbei,  
Thymian und Oregano  
200 g Tomatenmark  
400 ml Wasser

**Zubereitung:** Den Räuchertofu waschen, abtropfen lassen und anschließend zerbröseln. Zwiebeln und Knoblauch fein hacken. Die getrockneten Kräuter einige Sekunden in Olivenöl anbraten und dann Zwiebeln und Knoblauch hinzufügen. Danach die Tofu-Bröckchen dazu und alles unter kleiner Hitze braten. Das Tomatenmark untermischen und genügend Wasser zugeben. Alles gut durchrühren und kurz aufkochen lassen. Spaghetti wie gewohnt kochen, eventuell etwas Margarine unter die fertigen Nudeln mengen und sofort mit der Sauce servieren! *Sabine Jedzig*  
Redaktion ZEITENWENDE

#### IMPRESSUM

#### Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz  
- Die Tierschutzpartei -  
Fritz-Schumacher-Weg 111  
60488 Frankfurt/Main  
Tel.: 069/76809659  
Fax: 069/76809663  
info@tierschutzpartei.de  
www.tierschutzpartei.de

#### Redaktionsleitung:

Margret Giese, Stefan B. Eck

#### Postanschrift: Stefan B. Eck

Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken  
zeitenwende@tierschutzpartei.de

#### Redaktionsteam:

Volker Arndt, Franziska Ute Gerhardt,  
Harry Harper, Bernd Höcker, Ingeborg  
Holst, Sabine Jedzig, Artur Kalka,  
Sabine Pankau, Katrin Schmidberger,  
Michael Siethoff, Dominik Storr

#### Satz, Layout:

Claudia Carius/www.claudiacarius.de

#### Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus  
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel  
100% Recyclingpapier  
Auflage: 1200 Exemplare  
Erscheinungsweise: vierteljährlich

#### Bank: LB Baden-Württemberg,

BLZ: 600 501 01, Konto: 4286 088

**Rechtliches:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich die Kürzung und Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch Beiträge in Wort und/oder Bild zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Für diese Seiten sind ausschließlich die BetreiberInnen verantwortlich. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

**Redaktionsschluss:** 30. April 2009

# Tierrechtskongress 2008 in Wien

Nach 2002 und 2004 fand vom 27.11. bis 30.11.2008 der 3. Tierrechtskongress in Wien statt. Lange war für Außenstehende nicht klar, ob dieser Kongress wegen der Vorkommnisse in Österreich überhaupt würde stattfinden können. Die Repressionsmaßnahmen des österreichischen Sicherheitsapparates gegen die Tierrechtler waren natürlich ein beherrschendes Thema in vielen Vorträgen, aber auch in den Gesprächen neben dem offiziellen, sehr umfangreichen Programm..

Der Kongress begann am Donnerstag, den 27.11.08 zunächst mit einem veganen Büffet und einem Vortrag von Prof. Dr. L. Huber (Universität Wien) zu den kognitiven Ähnlichkeiten von Mensch und Tier. Es folgte Prof. Dr. E. M. Maier vom Institut für Rechtsphilosophie (Universität Wien) mit dem Thema „Der Rechtsphilosophische Status von Tieren“. Insgesamt waren es 44 Vorträge/Arbeitskreise/Workshops mit einer enormen thematischen Bandbreite. Neben dem gedanklichen Austausch über die Repressions-

maßnahmen gab es Informationen über Kampagnen, Aktionen und zum veganen Alltag.

Auch Tierrechte im Rahmen einer parteipolitischen bzw. parlamentarischen Arbeit wurden diskutiert, z.B. durch Vertreter der SPÖ (österreichische Grüne). Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz hatte neben vielen anderen Organisationen im Foyer einen eigenen Infostand. Auch aus Deutschland waren viele Aktivisten zu diesem Kongress angereist.

Es war insgesamt eine sehr positive Veranstaltung, die deutlich machte, was eine - trotz aller Unterschiede - relativ homogene Bewegung erreichen kann. Dies wurde auch durch die Referenten ersichtlich, die nicht aus der „Szene“ kamen, aber dennoch dem Gedanken der Tierrechte positiv gegenüberstanden.

*Michael Siethoff*

Redaktion ZEITENWENDE



## LeserInnenbriefe

### Editorial (ZEITENWENDE Ausgabe 33)

Ich möchte mich ganz ausdrücklich für die aktuelle und sehr gelungene Ausgabe der Zeitenwende bedanken. Stefan B. Eck hat in seinem Vorwort recht, das erreichte Niveau zeigt in allen Belangen eine hohe und anspruchsvolle Qualität. Große Klasse! Die besten Wünsche für das neue Jahr, auf dass es so erfolgreich für uns verläuft, wie wir es uns erhoffen und wünschen.

*Albert Hille, Hattingen*

### Tabuthema Bevölkerungswachstum (ZEITENWENDE Ausgabe 33)

Das war ein exzellenter Beitrag von Frau Gerhardt zum „Tabuthema“ Bevölkerungswachstum, in der neuesten Ausgabe. Wenn Eltern weltweit sich auf zwei Kinder beschränken würden, unter normalen Umständen, wären viele ökologische und soziale Probleme ziemlich schnell gelöst. Diese Botschaft gilt

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe zu kürzen.

insbesondere für die Erste Welt, aufgrund der sehr negativen Umweltbilanz der meisten Industrieländer. Politische Parteien, die mehr als Lippenbekenntnisse zu Nachhaltigkeit machen wollen, sollten eine freiwillige Beschränkung auf zwei Kinder empfehlen und ihre Elternsubventionspolitik radikal überarbeiten. Leser, die meine Thesen mit mir im Detail diskutieren möchten, können mich erreichen unter [gmorton@web.de](mailto:gmorton@web.de).

*George Morton*

Als besonders hervorzuheben finde ich in der ZW 33 den Artikel von Franziska Ute Gerhardt „Tabuthema: Bevölkerungswachstum“. Dieses Thema wird in den letzten Jahren öffentlich totgeschwiegen. Und das, obwohl in den 90er Jahren eine Weltbevölkerungskonferenz stattfand... Seit damals ist in den Medien aber nie wieder etwas darüber berichtet worden.

*A. Pelster, ledig, kinderlos, Jahrgang 1945*



Von links nach rechts: Jimmy, Joey und Zorro

# Fackel-Demonstration gegen feigen Hunde-Mord in Wiehl

Als der Tierrechtler Rainer Gaertner am 27. Dezember des vorigen Jahres sein Anwesen aufsuchen und seine sechs Hunde begrüßen wollte, musste er mit Entsetzen feststellen, dass Brandstifter am Werk gewesen waren. Sein Haus war niedergebrannt, und drei seiner Hunde, Jimmy, Zorro und Joey, waren darin umgekommen - heimtückisch von den Tätern eingesperrt.

Um an dies schreckliche Geschehen zu erinnern und Presse und Fernsehen zu informieren, wurde zu einer Fackel-Demonstration am 31. Januar aufgerufen. Mehrere hundert Tierschützer und Tierrechtler aus verschiedenen Bundesländern kamen nach Wiehl, viele in Begleitung ihrer Hunde, und brachten damit ihr Mitgefühl und ihre Solidarität mit Rainer Gaertner zum Ausdruck. Auch drei Mitglieder unseres Landesverbandes, Sabine Pankau, Harald Piltz und Margret Giese, hatten sich von Braunschweig aus auf den Weg nach Wiehl gemacht.

Bei einbrechender Dunkelheit wurden Hunderte von Fackeln entzündet, und der lange Trauerzug begab sich schweigend, begleitet von dumpfen Paukenschlägen, auf den fünf Kilometer langen Weg hin zu Rainer Gaertners Anwesen. Dort vermittelten mehrere großformatige Fotos mit Abbildungen von den zu Tode gekommenen Hunden und dem abgebrannten Haus einen Eindruck von der grausigen Tat.

Dr. Edmund Haferbeck, zu diesem Anlass aus Schwerin gekommen, wies in einer bewegenden Rede darauf hin, dass hier Kriminelle ganz bewusst Rainer Gaertner im Innersten treffen wollten, indem sie ihm drei seiner liebsten tierlichen Wegbegleiter nahmen. Er

stellte das Verbrechen auch in einen Gesamtzusammenhang: Wir leben in einer Zeit, in dem die Tierrechtler, da sie ein neues Weltbild verkörpern, dem Hass derjenigen ausgesetzt sind, welche die Tradition der Tier-Ausbeutung auf ewig fortschreiben wollen - seien es die Nutznießer von Tierversuchen, die Vertreter der Fleischindustrie oder andere, die ihren Profit aus Tierquälerei ziehen. Angesichts der Zunahme derartiger Bedrohungen, die schon mehrfach im Vorwurf des Terrorismus gipfelten, ist es, so Dr. Haferbeck, umso wichtiger, zusammenzuhalten und Anfeindungen gemeinsam durchzustehen.



Rainer Gaertner, dem man seinen tiefen Schmerz anmerkte, erinnerte daran, dass alle drei Hunde ein schweres Schicksal hinter sich hatten, bevor sie bei ihm ein Zuhause fanden. Sie dankten es ihm durch besondere Anhänglichkeit. Er versprach Jimmy, Zorro und Joey sowie allen, die zu ihrem Gedenken gekommen waren, alles zu tun, dass die feigen Tier-Mörder bald gefunden und der

Strafe für ihre verbrecherische Tat zugeführt würden. Um ihn in diesem Wunsch zu unterstützen, hatten Tierschützer zu Spenden aufgerufen, so dass eine Belohnung von 30 000 Euro ausgesetzt werden konnte.

Der Abend klang aus mit einer ergreifenden Trauermusik und Worten von Rainer Gaertner, der sich herzlich dafür bedankte, dass man ihm so viel Unterstützung zuteil werden ließ. Mit dem bei aller Trauer guten Gefühl, dass Tierrechtler in Zeiten der Not zusammenstehen, traten wir den Heimweg an. *Sabine Pankau/Margret Giese*  
Redaktion ZEITENWENDE



Foto: aboutpixel.de / Möwe © chbmz

*„Man entdeckt keine neuen Erdteile,  
ohne den Mut zu haben,  
alte Küsten aus den Augen zu verlieren.“*

André Gide, franz. Schriftsteller

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

**„Stars in der Manege“ verzichten auf den Einsatz von Exoten  
- Großer Erfolg für PETA**

Die jährliche Gala „Stars in der Manege“, die am zweiten Weihnachtsfeiertag 2008 zum 46. Mal ausgestrahlt wurde, verzichtete erstmalig darauf, exotische Tiere vorzuführen. Die Organisation PETA hatte dem Bayerischen Rundfunk umfassende Unterlagen über die Missstände in der Elefanten-Haltung bei Circus Krone zukommen lassen. In seiner Antwort teilte der Bayerische Rundfunk mit: „Heuer gehen wir noch weiter und verzichten gänzlich auf den Einsatz von Exoten - es wird demnach auch nicht zum Auftritt eines oder mehrerer Elefanten kommen.“

(Quelle: PETA/Dezember 2008)

**„Kurban Bayrami“ 2008 - Positive Entscheidung  
des Verwaltungsgerichts Giessen!**

Der muslimische Metzger, der schon vor Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht prozessierte, um die Genehmigung zum betäubungslosen Schächten zu erwirken, bekam nun einen Dämpfer: Zum muslimischen Fest Kurban Bayrami untersagte ihm das Verwaltungsgericht Giessen per Entscheidung vom 05.12.2008, 470 Schafe und 45 Rinder (betäubungslos) zu schächten.

(Quelle: Ulrich Dittmann, Arbeitskreis für humanen Tierschutz u. gegen Tierversuche e.V./Dez. 2008)

**Walfang in Island gestoppt?  
Islands Premierministerin räumt auf**

Die neue Koalitionsregierung Islands mit Sozialdemokraten und den „Linken-Grünen“ unter der Leitung der sozialdemokratischen Premierministerin Johanna Sigurdardottir beabsichtigt, die von der Vorgängerregierung drastisch erhöhten Walfangquoten ganz zu streichen. Erste Amtshandlungen waren der Austausch des Zentralbankvorsitzenden, des Handelsministers und des Finanz- und Fischereiministers. Letzteres Ministeramt übernimmt der Vorsitzende der „Linken-Grünen“ Steingrímur Jóhann Sigfússon, der zusammen mit der grünen Umweltministerin Kolbrún Halldórsdóttir ankündigte, den Beschluss der Vorgängerregierung aufzuheben, die Walfangquoten zu versechsfachen und auf fünf weitere Jahre festzuschreiben.

(Quelle: Journal Society GmbH/Februar 2009)

**Erste Erfolge: „Ohne Gentechnik“ - Kennzeichnung!**

Nach Jahren harter Arbeit konnte foodwatch zusammen mit anderen Verbänden endlich durchsetzen, dass Hersteller ihre Produkte freiwillig mit der Aufschrift „Ohne Gentechnik“ kennzeichnen dürfen. Seit Mai 2008 können Erzeugnisse mit diesem Label ausgezeichnet werden, wenn sie ohne gentechnisch veränderte Futtermittel erzeugt wurden. Das bedeutet für den Konsumenten mehr Sicherheit beim Kauf von Nahrungsmitteln, weil durch die Kennzeichnung ersichtlich wird, ob die Erzeuger tatsächlich auf gentechnikfreie Futtermittel umgestiegen sind (falls sie Gebrauch von dem neuen Label machen).

(Quelle: foodwatch/November 2008)

**Geplante Anträge auf das Verbot  
der Haltung von Delfinen**

In einem persönlichen Brief an den Vorsitzenden des WDSF, Jürgen Ort Müller, wurde von Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt, es bestehe Aussicht, dass der Antrag „Die Gefangenschaft von Delfinen unverzüglich beenden“ (BT-Drucksache 16/9102) gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen eingebracht werden könne. Es wird in diesem Schreiben bekräftigt, man werde „von den Zielen hinsichtlich des Schutzes von Delfinen und eines Verbots der Haltung von Delfinen in Gefangenschaft und insbesondere in Delfinarien nicht abrücken“.

(Quelle: Wal- und Delfinschutz-Forum WDSF/Dezember 2008)

**Eine gute Nachricht für alle Stierkampf-Gegner/innen**

Der Stadtrat der portugiesischen Stadt Viana de Castelo hat Ende 2008 beschlossen, seine Stierkampf-Arenen zu kaufen, um sie in ein kulturelles Zentrum umzufunktionieren. Damit wurden die Stierkämpfe, die seit 1871 in Viana de Castelo stattfinden, endlich abgeschafft. Seit 1993, so der Bürgermeister in einer öffentlichen Verlautbarung, habe keine andere Entscheidung seiner Mitarbeiter so viel Zuspruch gefunden. Man habe mehr als tausend Glückwünsche aus aller Welt erhalten.

(Quelle: Mail in französischer Sprache von Eduardo und Nadine Constantino/26. Dez. 2008)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++